

# **F**ür mehr **B**eschäftigung durch aktive **V**erteilungspolitik — **A**rgumente gegen die „neue **B**escheidenheit“ in der **T**arifpolitik

Von

Rolf Münster und Jörg Wiedemuth

## 2 Hinweise für den Leser und die Leserin:

1. Die vorliegende Broschüre wurde vor dem Hintergrund des Tarifkampfes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen erstellt. Die Abschnitte 1 bis 7 befassen sich mit makroökonomischen Entwicklungstendenzen. Der Abschnitt 8 beleuchtet für die Bereiche Banken, Versicherungen und Handel die tariflichen Entwicklungen der letzten Jahre.

2. Der vorliegende Text kann im pdf- und im winword-Format geladen werden. Letzteres verfügt über Sprungverknüpfungen, die ein leichteres Navigieren im Text ermöglichen. Der Word-Text bietet darüber hinaus die Möglichkeit, den Autoren auf einfache Weise Kritik und Anmerkungen zukommen zu lassen. Gehen Sie dazu wie folgt vor:

Öffnen Sie die Winword-Datei mit der Option "ohne Schreibschutz". Fügen Sie Ihre Anmerkungen direkt in den Text ein. Diese werden farblich markiert. Speichern Sie die Datei unter einem anderen Namen. Schicken Sie die Datei mit einer kurzen Begleitnotiz an [rolf.muenster-piw@t-online](mailto:rolf.muenster-piw@t-online).

Herzlichen Dank im Vorab!

# Inhaltsverzeichnis

<b>SCHAUBILDVERZEICHNIS</b>	<b><u>3</u></b>
1. <b>EINFÜHRUNG</b>	<b><u>4</u></b>
2. <b>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSTENDENZEN</b>	<b><u>7</u></b>
3. <b>LOHNZURÜCKHALTUNG OHNE BESCHÄFTIGUNGSEFFEKT!</b>	<b><u>15</u></b>
4. <b>BINNENKONJUNKTUR MIT NACHHOLBEDARF – GEWINNE STAATLICH FINANZIERT!</b>	<b><u>23</u></b>
5. <b>PROBLEME INTERNATIONALER LOHNVERGLEICHE</b>	<b><u>33</u></b>
6. <b>DAS ZUKUNFTSPROGRAMM DER ROT-GRÜNEN REGIERUNG: LICHT UND SCHATTEN</b>	<b><u>39</u></b>
7. <b>GLOBALISIERUNG UND SOZIALSTAAT – WO BLEIBT DIE POLITIK?</b>	<b><u>45</u></b>
8. <b>FÜR DIE STEIGERUNG DER REALEINKOMMEN - GEGEN DIE EINSCHRÄNKUNG DES TARIFPOLITISCHEN VERTEILUNGSSPIELRAUMS</b>	<b><u>51</u></b>
<b>AUSGEWÄHLTE QUELLEN</b>	<b><u>58</u></b>

# Schaubildverzeichnis

Schaubild 1: Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Arbeitsvolumen .....	<a href="#">8</a>
Schaubild 2: Export, Import und Außenbeitrag .....	<a href="#">10</a>
Schaubild 3: Komponenten und Struktur des Bruttoinlandsproduktes in % des Bruttoinlandsproduktes .....	<a href="#">11</a>
Schaubild 4: Entwicklung der Wachstumskomponenten des Bruttoinlandsproduktes 2000/1998.....	<a href="#">13</a>
Schaubild 5: Lohnzurückhaltung und Beschäftigung 1990 - 1999.....	<a href="#">16</a>
Schaubild 6: Tariflohnentwicklung und Verteilungsspielraum 1994 bis 1999.....	<a href="#">17</a>
Schaubild 7: Lohnzurückhaltung nach neoliberalen Konzept und Beschäftigungswirkung 1994-1999 .....	<a href="#">21</a>
Schaubild 8: Aufschwung in den 90er Jahren nur mit halber Kraft: Reale Steigerungsraten des Privaten Verbrauchs in den 80er und 90er Jahren im Vergleich .....	<a href="#">24</a>
Schaubild 9: Aufschwungszyklen im Vergleich: Entwicklung privater Gewinne und Arbeitseinkommen 1984-88 und 1994-99.....	<a href="#">25</a>
Schaubild 10: Was bleibt übrig? Gesamtwirtschaftliche Nettoquoten bei Lohn- und Gehaltseinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.....	<a href="#">27</a>
Schaubild 11: Fiskalische Kosten staatlicher Gewinnschonung (I): Jährliche Steuermindereinnahmen 1982 – 97 durch Absenkung der Gewinnsteuerquote unter das Niveau von 1980 .....	<a href="#">29</a>
Schaubild 12: Fiskalische Kosten staatlicher Gewinnschonung (II): Jährliche Steuermindereinnahmen durch fehlende Anpassung von Gewinn- an gestiegene Lohnbelastung .....	<a href="#">30</a>
Schaubild 13: Gewinnbesteuerungsverzicht und Bundesschuldenzunahme 1982-97 .....	<a href="#">31</a>
Schaubild 14: Gesamtwirtschaftliche Arbeitskosten je Stunde im internationalen Vergleich 1998.....	<a href="#">35</a>
Schaubild 15: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich 1970-1998.....	<a href="#">37</a>
Schaubild 16: Tarifbelastung einbehaltener Kapitalgesellschaftsgewinne im internationalen Vergleich .....	<a href="#">40</a>
Schaubild 17: Gesamtentlastung (incl. Kindergelderhöhung) in der Steuerklasse III/2 (Verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern) bei einem Jahresbruttoeinkommen von 20.000 DM, 60.000 DM und 200.000 DM.....	<a href="#">43</a>
Schaubild 18: Verhältnis von unternehmenseigenen Finanzierungsmitteln zu Investition in % .....	<a href="#">47</a>
Schaubild 19: Gewinnsteuerquoten deutscher Kapitalgesellschaften nach der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank 1994-1997.....	<a href="#">48</a>
Schaubild 20: Tarifierhöhungen in % Einzelhandel (West) 1986 - 1999.....	<a href="#">53</a>
Schaubild 21: Tarifierhöhungen in % Großhandel (West) 1986 - 1999 .....	<a href="#">53</a>
Schaubild 22: Tarifierhöhungen in % Versicherungen (West) 1986 - 1999 .....	<a href="#">54</a>
Schaubild 23: Tarifierhöhungen in % Banken (West) 1986 - 1999.....	<a href="#">55</a>

# 1. Einführung

„Die Globalisierungsdiskussion ist eine Mehrzweckwaffe, um den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben zu verteilen (...) Wenn nur nach betriebswirtschaftlichen Kriterien entschieden wird, entlastet sich jeder auf Kosten des anderen. Die Unternehmen schrumpfen sich gesund für den Export, auf Kosten der Arbeitslosenversicherung beziehungsweise des Staates. Der Staat kommt in finanzielle Schwierigkeiten und entlastet sich auf Kosten seiner schwächsten Bürger. Das ist eine permanente Abwärtsspirale, ein – wie der amerikanische Ökonom Paul Krugman sagt – ‚Wettlauf der Besessenen‘. Am Ende stehen alle schlechter da – und keines der strukturellen Probleme hochentwickelter Volkswirtschaften ist auch nur im Ansatz gelöst.“

(Friedhelm Hengsbach, in Spiegel 10/1997)

Die deutliche Wahlniederlage der Kohl-Kinkel-Regierung im Herbst 1998 war mit der Hoffnung verbunden, dass nicht nur ein bloßer Regierungswechsel sondern auch ein Politikwechsel stattfinden würde.

Insbesondere die ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaften forderten eine politische Wende hin zu einer aktiven Beschäftigungspolitik und hin zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der ArbeitnehmerInnen und zugunsten einer Belebung der Binnenkonjunktur.

Die ersten politischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung hoben, den Wahlversprechen folgend, die größten unsozialen Streichungen aus der Schlußphase der neo-liberalen Kohl-Ära auf: Die Einschränkung der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde ebenso zurückgenommen wie die Verschlechterungen beim Kündigungsschutz; die Rentenanpassung wurde ausgesetzt.

Auch die ersten Schritte der Einkommensteuerreform deuteten in die Richtung: Stärkung der Masseneinkommen. Eine grundsätzliche Trendumkehr in der Verteilungspolitik ist damit jedoch nicht verbunden.

Nach den Ende 1999 verkündeten erweiterten Steuerreformplänen wird eine aus heutiger Sicht durchschnittlich verdienende Familie (2 Kinder, 60.000 DM Jahresbruttolohn) zwar ab 2005 jährlich um rund 4050 DM gegenüber 1998 entlastet sein. Aber der Einkommensmillionär wird allein durch die erweiterte Absenkung des Spitzensteuersatz auf 45% um rund 70.000 DM entlastet. Was durch Schließung von Steuerschlupflöchern wieder hereinkommt, ist kaum absehbar.

Die Unternehmenssteuerreform soll ab dem Jahr 2001 eine jährliche Nettoentlastung des Unternehmenssektors in Höhe von 8 Mrd. DM bringen, von denen schätzungsweise 5 bis 6 Milliarden über die Ausschüttung wieder in den privaten Taschen der Aktionäre und Kapitaleigner landen werden. Auch die erweiterten Steuerreformschritte verbinden die einkommensteuerlichen Entlastungen mit großzügigen steuerlichen Freistellungen insbesondere für Kapitalgesellschaften und damit letztlich zugunsten der jeweiligen Kapitaleigner und Aktienpaketbesitzer.

Die rot-grüne Bundesregierung will sich an den Erfolgen in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit messen lassen. Zwischenzeitlich hat sie allerdings die Staatsverschuldung zum Hauptskandal der Gesellschaft erklärt. Die laufenden Ausgaben im Staatshaushalt 2000 werden um 7,5 Milliarden gegenüber 1999 schrumpfen, davon allein 5,5 Milliarden wegen Kürzungen bei den Arbeitslosenhilfeempfängern.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt die neue Bundesregierung im Prinzip die Politik der Verbesserung der Investitionsbedingungen der Wirtschaft fort (Steuerentlastungen, Senkung der Sozialstaatskosten also Senkung der Transfereinkommen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie). Eine Rückführung der Arbeitslosigkeit wird infolge des positiven Konjunkturverlaufs und vor allem der demographischen Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet. Von einer beschäftigungspolitischen Initiative ist weiterhin nichts zu sehen.

Gleichzeitig sollen die Gewerkschaften im Rahmens des Bündnisses für Arbeit auf einen langfristigen Kurs moderater Lohn- und Gehaltssteigerungen verpflichtet werden mit Tarifsteigerungen unterhalb des Produktivitätswachstums. Das dafür gefundene Etikett „beschäftigungsorientierte Tarifpoli-

tik“ könnte falscher nicht sein, wie die beschäftigungspolitische Entwicklung der letzten Jahre zeigt. Die Einbindung in diese Strategie soll den Gewerkschaften durch die einkommensteuerlichen Entlastungen schmackhaft gemacht werden.

Eine politische Auseinandersetzung um die soziale Schieflage insbesondere der rot-grünen Sparpolitik findet derzeit kaum mehr statt. Die politische Debatte wird durch die CDU-Parteispenden- und Finanzskandale und das in diesem Zusammenhang deutlich gewordene vor-demokratische Politikverständnis des politischen Leitungspersonals der neo-liberalen Regierungsära überlagert.

Rot-Grün verfügt daher zur Zeit über ein Ausmaß an politischer Hegemonie, die das politische Tief des Sommers und des Herbstes 1999 leicht in Vergessenheit geraten läßt. Dieses Geschenk des politischen Aufwindes ließe sich für weitere Schritte hin zu einer beschäftigungs- und verteilungspolitischen Wende nutzen.

Nach wie vor scheinen jedoch die alten neo-liberalen Politikansätze – nun allerdings mit sozialdemokratischem Gesicht - Konjunktur zu haben.

Die vorliegende Broschüre beschäftigt sich mit folgenden Fragen:

- Wie sind die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen der letzten und der kommenden Jahre zu beurteilen?
- Warum spielt der private Verbrauch eine besondere Rolle für die konjunkturelle Entwicklung?
- Warum führen Lohnerhöhungen unterhalb des Verteilungsspielraumes nicht zu mehr Beschäftigung?
- Wie hat sich die Verteilung des Volkseinkommens entwickelt?
- Woher kommt die Staatsverschuldung und warum ist Sparen der falsche Weg?
- Welche Kernpunkte kennzeichnen das rot-grüne Zukunftsprogramm?
- Was bedeutet Globalisierung für den Sozialstaat?

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## 2. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen

„Die Gerechtigkeitslücke:

Von 1982 bis heute ist die durchschnittliche Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten in Westdeutschland real um insgesamt 5,8% Prozent gestiegen.

Parallel dazu ist die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten um 35 Prozent gestiegen. Die Steigerung der Nettolöhne wurde vom Anstieg der Arbeitsproduktivität also um das Sechsfache übertroffen.“

(Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wirtschaftsbericht `99, S.11)

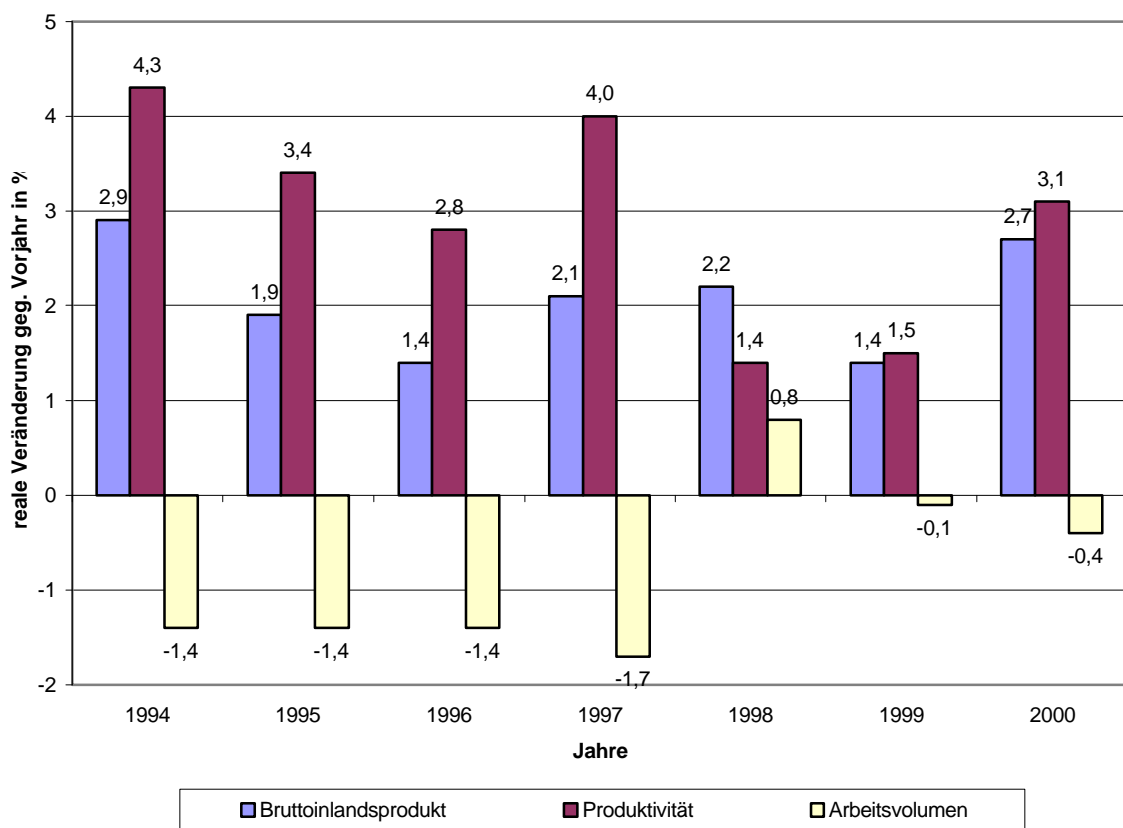
Seit Mitte 1999 konstatieren die Wirtschaftsforscher eine Aufhellung der konjunkturellen Lage. Für das Jahr 2000 wird dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute und dem Sachverständigenrat zufolge eine Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,7% erwartet, nach 1,4% und 2,2% in den Jahren 1999 und 1998. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2000 einen Zuwachs von 2,5%. Für das vergangene Jahr hatte das DIW mit 1,3% die pessimistischste, aber fast punktgenaue Prognose abgegeben. Auch für das Jahr 2000 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 2,4% am moderatesten.

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird allerdings überwiegend durch Produktivitätsschübe gespeist, d.h. es kommt durch einen höheren Produktionswert je Arbeitsstunde zustande und nicht durch mehr Arbeitsstunden. Entsprechend wird das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nach einer kurzfristigen Erholung im Jahr 1998 in den Jahren 1999 und 2000 wieder sinken und damit dem seit 40 Jahren nach unten gerichteten Trend folgen. Ohne eine weitere Arbeitszeitverkürzung wird das erwartete Wachstum daher keine grundlegende Veränderung des Arbeitsmarktes bewirken.

Abgesehen von demographischen Entlastungen (mehr Arbeitsmarktabgänge von älteren Beschäftigten als Zugänge von jungen Beschäftigten) ist auch der Sachverständigenrat („Fünf Weise“) der Meinung, dass eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt nicht zu erwarten ist.

> Siehe Schaubild 1

### Schaubild 1: Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Arbeitsvolumen\*



Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995; Produktivität als BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde; Quelle: DIW; 1999 und 2000 Prognose aus dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute; eigene Darstellung

Immerhin scheint Ende 1999 die Konjunkturdelle überwunden; die Wirtschaft nimmt an Fahrt auf. Diese Entwicklung wird, so der Sachverständigenrat, vor allem vom Export getragen, der sich mit der weltwirtschaftlichen Stabilisierung und der gegenwärtigen Überwindung der internationalen Finanzkrisen mit einer Steigerung von 6,9% im Jahr 2000 wieder kräftig entwickelt. Allerdings ziehen auch die Importe mit einem Wachstum von 5,3% nach. Das im Außenhandel errungene Nachfrage-



plus (Außenbeitrag), das in 1999 um rund 28% auf 43 Milliarden schrumpfte, wird im Jahr 2000 mit 63 Milliarden leicht über dem Niveau von 1998 liegen.

„Was beobachten wir: Wir beobachten den Export als weiterhin tragende Säule der Beschäftigung in Deutschland: Jeder fünfte Arbeitsplatz hängt vom Export ab, in der Industrie sogar jeder vierte.“

(Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wirtschaftsbericht `99, S. 48)

Der Export ist jedoch keineswegs der alleinige Konjunkturmotor, wie oft dargestellt. Nach der Argumentation des Bundeswirtschaftsministers müsste wegen der Arbeitsplatzabhängigkeit eigentlich der Private Verbrauch schon lange im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Bemühungen stehen, denn von diesem hängt nicht jeder vierte oder fünfte sondern jeder zweite Arbeitsplatz ab.

Der Export wird dennoch zur heiligen Kuh hochstilisiert: Angeblich stößt die Auslandsnachfrage selbsttragende Aufschwünge an, die sich den traditionellen Vorstellungen zufolge zunächst in gesteigener Investition und damit in wachsender Beschäftigung, sowie wachsendem Einkommen und Privatverbrauch äußern müssten. Am Anfang der so gedachten Konjunktorentwicklung steht also immer die Auslandsnachfrage.

Hinter diesem Denken verbirgt sich jedoch eine folgenschwere Überschätzung: Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels ergibt sich nicht allein aus Exporten sondern aus dem sogenannten Außenbeitrag, d.h. dem Saldo von im Ausland erzielter Nachfrage (=Export) und ans Ausland gerichteter Nachfrage (=Import). Letztere steigt bei anziehenden Exporten in der Regel ebenfalls bzw. hatte im Jahre 1998 sogar ein höheres Wachstumstempo. Eine zunehmende Beteiligung am Welthandel bedeutet eben nicht nur steigende Exporte sondern auch ansteigende Importe.

Es geht nicht darum, die wirtschaftliche Bedeutung der Exporte (1999: 1.106 Mrd. DM) zu verniedlichen, so wie dies in der Regel mit den Privaten Konsumausgaben geschieht (1999: 2.114 Mrd. DM). Zu klären ist aber, dass der Welthandel keine Einbahnstraße ist, auf der man nur Ausfuhren tätigt. Außenhandelserfolge in Form von Exportzuwächsen gehen nicht vollständig als Wachstum ins Bruttoinlandsprodukt ein, sondern unter Abzug von „Importkosten“.

Der Außenhandelsüberschuss bei den sichtbaren Gütern (Handelsbilanzüberschuss) hat zwar 1998 mit rund 130 Mrd. DM wieder einen Rekordwert nach der

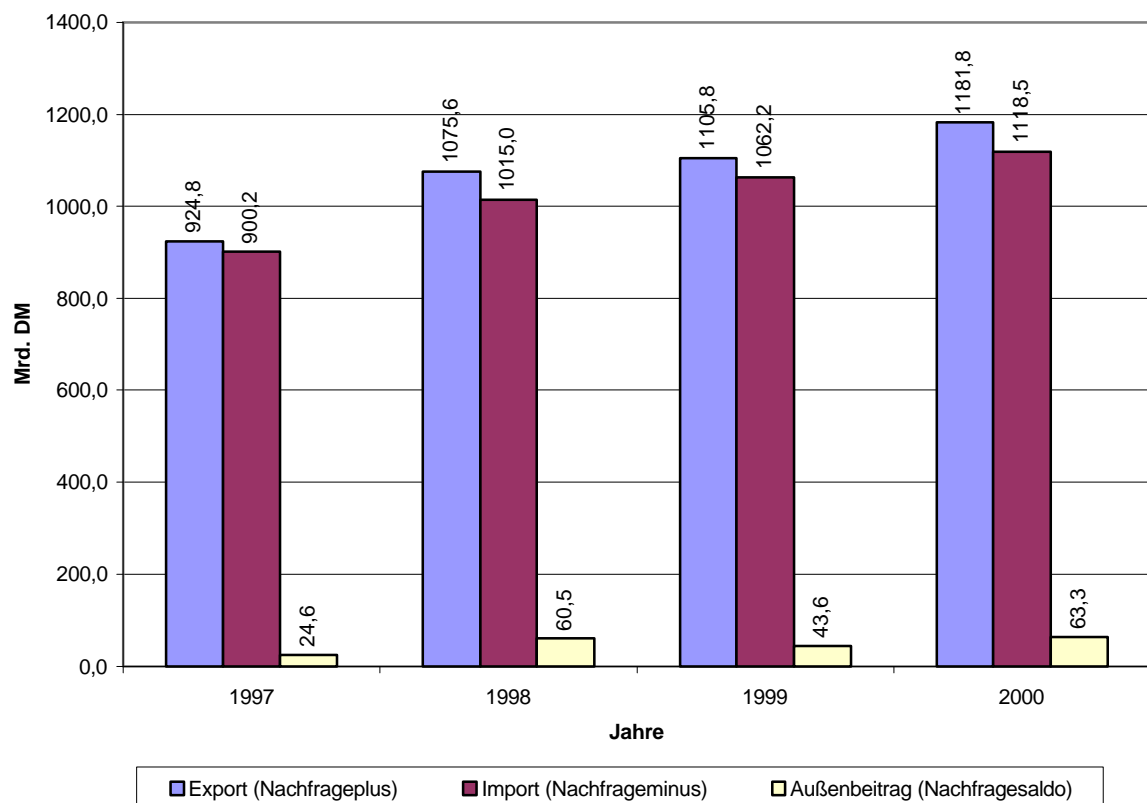
deutschen Vereinigung erreicht. Doch er setzt sich eben aus rund 950 Mrd. DM Ausfuhr und 820 Mrd. DM Einfuhr zusammen. Nur die *Steigerung* dieses *Saldos* bedeutet außenhandelsbedingtes Wachstum. Der Saldo der Handelsbilanz kann ohne Reaktionen der Handelspartner allerdings nicht beliebig erhöht werden und hat überdies an der Bruttoinlandsproduktion nur einen Anteil von 3,4% (1998).

Der Außenhandel mit „unsichtbaren Gütern“ (Dienstleistungsbilanz) hat traditionellerweise einen negativen Saldo wegen der „Reise- und Urlaubsdienste“, die Deutsche von Ausländern „kaufen“.

Statt ständig auf den Weltmarkt zu schießen und sich von dort Lösungen für das Problem der Arbeitslosigkeit zu erhoffen, sollte man sich die Größenordnungen der Außenhandelssalden ins Bewußtsein bringen.

> Siehe Schaubild 2

**Schaubild 2: Export, Import und Außenbeitrag\***

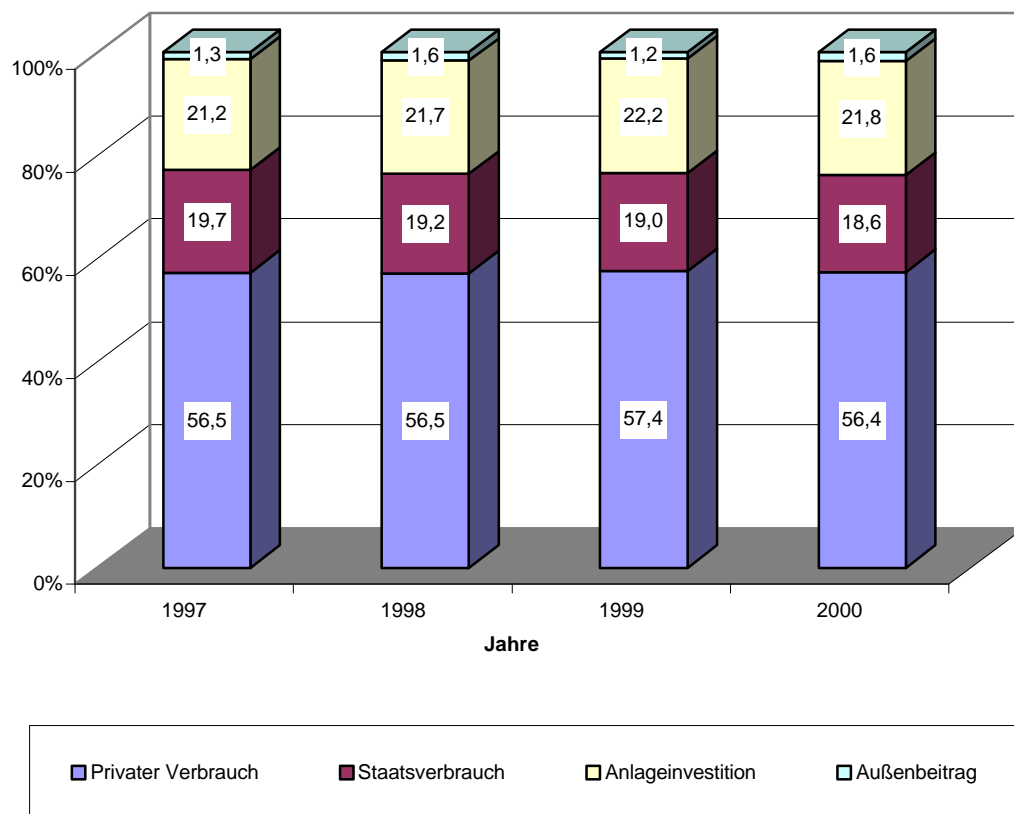


\* Quelle: DIW, Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, reale Größen in Preisen von 1991; ab 1999 in Preisen von 1995; eigene Darstellung.

Die Dämpfung des inländischen Privatverbrauchs (1998: 2079 Mrd. DM) in Höhe von einem Prozent läßt eine gesamtwirtschaftliche Nachfragerücke in Höhe von etwa 20 Mrd. DM entstehen. Der Außenbeitrag (1998: 60,5 Mrd. DM) müsste zur Schließung dieser Lücke um rund 33% wachsen. Einfacher gesagt: Der Außenbeitrag hat nicht das ökonomische Gewicht, um die von der Politik in den vergangenen Jahren betriebene binnenwirtschaftliche Nachfrageschmälerung dauerhaft zu kompensieren.

> Siehe Schaubild 3

**Schaubild 3: Komponenten und Struktur des Bruttoinlandsproduktes in % des Bruttoinlandsproduktes\***



\* Quelle: DIW; Herbstgutachten 1999 der Wirtschaftsforschungsinstitute 1999; 1999 und 2000 Vorausschätzung; eigene Darstellung

„Die wirtschaftliche Entwicklung wird vor allem vom Export getragen, der seit der Überwindung der internationalen Finanzkrisen wieder kräftig zunimmt. Die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte werden durch stabile Private Konsumausgaben und eine rege Investitionsfähigkeit gestützt.“

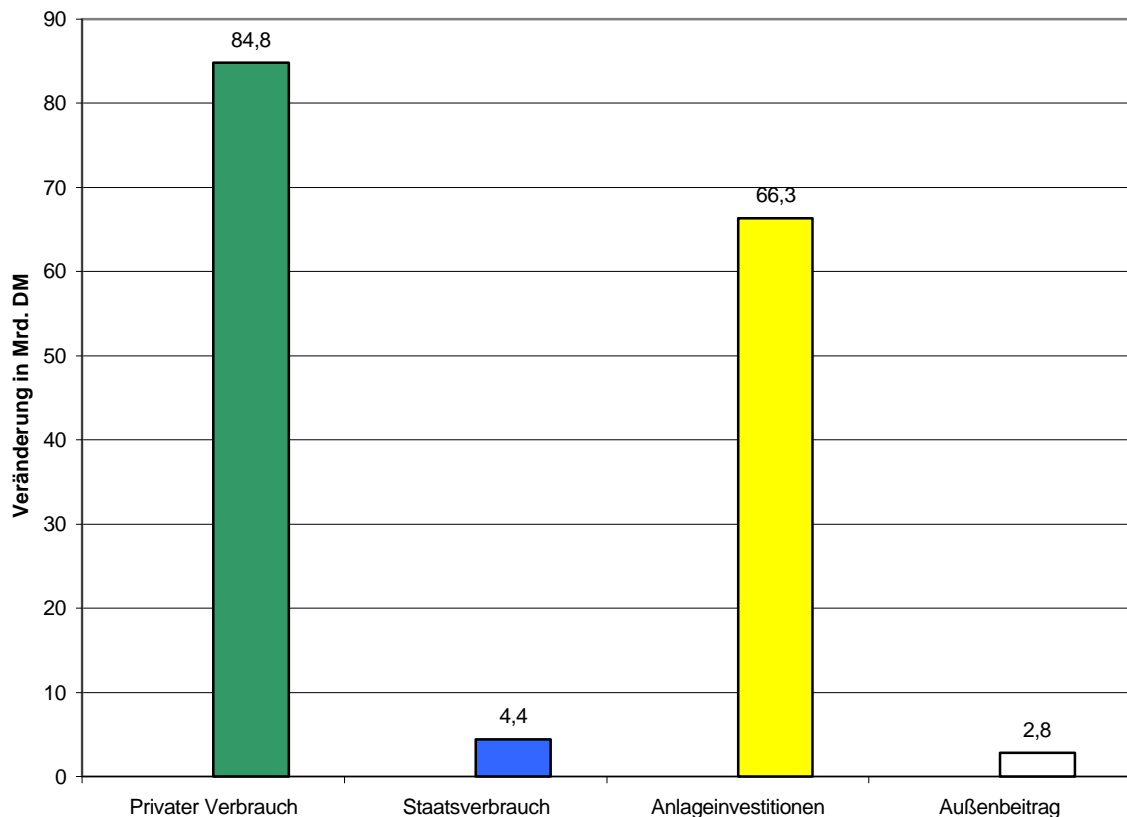
(Sachverständigenrat zu Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Pressemitteilung vom 16.11.1999, <http://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de>;

Die vom Sachverständigenrat gegenüber der Presse verlautbarten „stabilen Konsumausgaben“ werden von den Wirtschaftsforschungsinstituten für die Jahre 1999 und 2000 mit einem realen Zuwachs gegenüber 1998 von insgesamt rund 80 Mrd. DM prognostiziert. Im Außenhandel gingen 1999 16,9 Mrd. DM Nachfrage verloren und werden – so die Prognose - im Jahr 2000 wieder 19,7 Mrd. DM hinzugewonnen. Das heißt, der im Außenhandel von 1998 bis 2000 erzielte Wachstumsbeitrag ist auf lediglich 2,8 Mrd. DM zu veranschlagen; das sind nur 3,5 % des prognostizierten Zuwachses beim Privaten Verbrauch.

**Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in den Jahren 1999 und 2000 sind maßgeblich die Privaten Konsumausgaben.**

> Siehe Schaubild 4

## Schaubild 4: Entwicklung der Wachstumskomponenten des Bruttoinlandsproduktes 2000/1998



\* Quelle: Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute; eigene Darstellung

Das Vertrauen auf das Auslandsgeschäft als Sanierungsinstrument der deutschen Volkswirtschaft ist auch aus anderen Gründen fragwürdig. So wird derzeit befürchtet, dass der us-amerikanischen Wirtschaft nach einem langen Aufschwung in den neunziger Jahren eine harte Landung bevorsteht. Die entsprechenden weltwirtschaftlichen Einbrüche würden die Träume vom neuerlichen Exportwunder schnell beenden - und dies trotz hoher Wettbewerbsfähigkeit. Der außenwirtschaftliche Einbruch infolge von Asien- und Rußlandkrise Ende 1998 ist ein beredtes Beispiel für die Gefahren einer nahezu ausschließlich weltmarktfixierten Wirtschaftspolitik.

In der Lohnrunde 1999 sind nach fünf Jahren der Lohnzurückhaltung und damit einhergehenden Beschäftigungsverlusten erstmals wieder bessere Ergebnisse erzielt worden. Die tariflichen Arbeitsentgelte sind um rund 3 % gestiegen, bei einer Inflationsrate von etwa einem Prozent. Die Erhöhung des Kindergeldes Anfang

1999 und die Senkung des Eingangssteuersatzes beinhalteten ebenfalls positive Signale für die Massenkaufkraft. Der private Verbrauch zieht nun an und trägt entscheidend zur konjunkturellen Belebung bei. Doch schon fordern konservative Wirtschaftsexperten, dass es sich bei den höheren Tarifabschlüssen des Jahres 1999 nur um einen Ausrutscher handeln dürfe und nicht um die Wende zu einem längeren tarifpolitischen Aufbruch. Ihrer Überzeugung nach muss der konjunkturelle Aufschwung eben aus dem Ausland kommen, d.h. letzten Endes von den dortigen Konsumenten.

**Fazit: Die derzeitige Konjunkturbelebung ist wesentlich auch auf eine Stärkung des Massenverbrauchs zurückzuführen. Die Investitionen ziehen an und der Außenhandel erholt sich nach dem Rückgang in 1998 von den internationalen Turbulenzen. Dämpfende Wirkungen gehen von der eingeschränkten Staatsnachfrage aus. Die erwarteten wirtschaftlichen Wachstumsraten werden allerdings keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt einleiten, da sie überwiegend durch Produktivitätsbeschleunigung getragen werden und nicht durch eine Ausweitung des Arbeitsvolumens.**

**Die deutliche Reallohnsteigerung durch die Ausschöpfung des Verteilungsspielraumes im Jahre 1999 und die einkommenspolitischen Signale der Regierung haben eine binnenwirtschaftlich getragene Entwicklung eingeleitet, deren Stütze ein anziehender privater Verbrauch ist. Angesichts der Unwägbarkeiten einer exportfixierten Entwicklung und der staatlichen Kürzungspakete gilt es jetzt einer stabileren konjunkturellen Entwicklung den Boden zu bereiten. Die binnenwirtschaftliche Stärkung der Masseneinkommen bildet hierfür eine entscheidende Voraussetzung.**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

### 3. Lohnzurückhaltung ohne Beschäftigungseffekt!

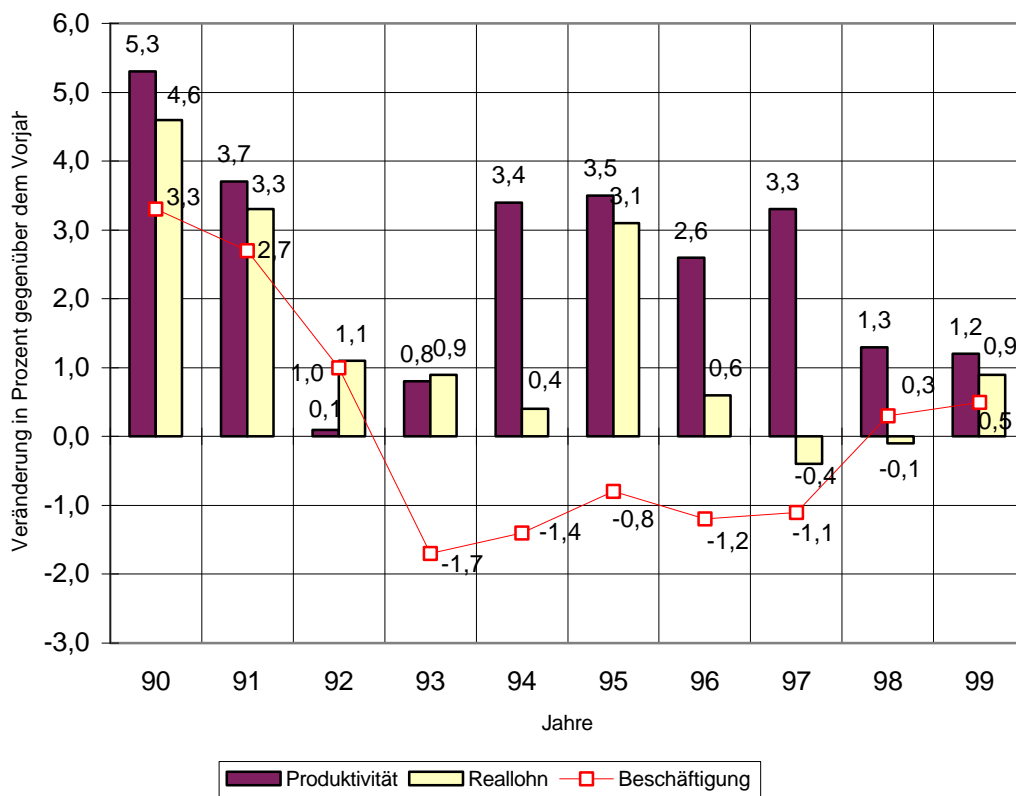
„Die primitive Vorstellung aber, man könne *immer*, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wieder herstellen, gehört in die Rumpelkammer der Theorie.“

(Lederer, Emil, Wirkungen des Lohnabbaus, Tübingen 1931 (!), S. 32)

Bereits 1997 hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Tarifpolitik gefordert. Hintergrund war die Tatsache, dass die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten in den Jahren 1994 bis 1997 stark hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieben ohne dass sich der erhoffte Beschäftigungseffekt gezeigt hätte. Im Gegenteil, es kam zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen.

> Siehe Schaubild 5

## Schaubild 5: Lohnzurückhaltung und Beschäftigung 1990 - 1999\*



\* Westdeutschland; Stundenproduktivität als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je geleistete Erwerbstätigenstunde; Reallohn (ab 98 Arbeitskosten) als nominaler Stundenlohn deflationiert mit dem Deflator des privaten Verbrauchs; Beschäftigung in Personen; Quelle: DIW, SVR, eigene Darstellung und Berechnung;

Während die Reallöhne zwischen 1994 und 1997 nur um 3,7% stiegen, legte die Produktivität um insgesamt 13,4% zu: Die Beschäftigung sank im selben Zeitraum um 4,4%.

Vor diesem empirischen Hintergrund forderte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Herbst 1997 die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik: „Angesichts der deutlichen Einkommensumverteilung in den letzten Jahren zu Lasten der Arbeitnehmer ist (...) eine Wende in der Tarifpolitik notwendig, die eine Chance dafür bietet, daß die Realeinkommen im Tempo der Ausweitung der Produktivität expandieren können.“ (Wochenbericht 35/97, S. 639)

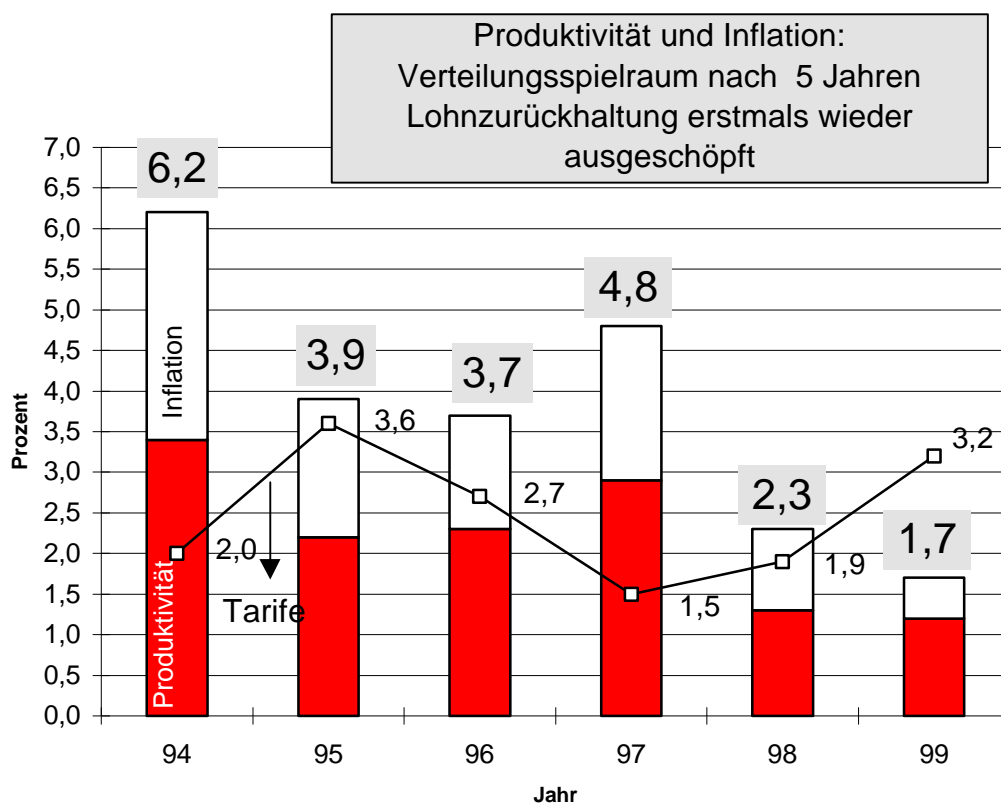
Die geforderte tarifpolitische Wende konnte jedoch 1998 nur eingeleitet werden. Erst im Jahr 1999, nach fünf Jahren tarifpolitischer Zurückhaltung, schöpften die



Tariflohnsteigerungen den Verteilungsspielraum wieder aus, ohne aus dem Rahmen der mittelfristigen Erwartungen für Inflation und Produktivität auszubrechen.

> Siehe Schaubild 6

**Schaubild 6: Tariflohnentwicklung und Verteilungsspielraum 1994 bis 1999\***



\* ab 1996 Gesamtdeutschland; Inflation als Kostenentwicklung für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Stundenproduktivität als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleistete Erwerbstätigenstunde; Tarifverdienste je Stunde; Quelle: bis 1995 WSI, ab 1996 SVR

„Das DIW hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach für eine eher mittelfristige Orientierung der Lohnpolitik an der Entwicklung der trendmäßigen Produktivität und der Zielinflationsrate der Zentralbank ausgesprochen (...) Die jährliche Zuwachsrates des längerfristigen Produktivitätstrends betrug rund 2,5%. Bei einer von der EZB tolerierten Inflationsrate von etwa 1,5% läge der stabilitätskonforme Pfad der Lohnentwicklung folglich bei rund 4% (...). Dieser gesamtwirtschaftliche Rahmen für die Lohnentwicklung schließt Differenzierungen in einzelnen Bereichen nicht aus.“

(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2000), Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2000, in: Wochenbericht 1-2/2000, S. 28)

Der Sachverständigenrat setzt allerdings nach wie vor auf die Formel, dass nur Lohnzurückhaltung zu mehr Beschäftigung führe. Wie vage der Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung vom Sachverständigenrat selbst eingeschätzt wird, zeigt sich daran, daß er seine lohnpolitischen Empfehlungen in den letzten Jahrzehnten mehrfach zu Lasten der Beschäftigten modifiziert hat. Das ursprünglich vom Sachverständigenrat verfasste Konzept des Verteilungsspielraumes bestand darin, die Kaufkraft der Löhne zu erhalten *und* den Beschäftigten eine höhere Arbeitsproduktivität zu vergüten. In der Rezession 81/82 wich er von dieser Definition des Verteilungsspielraums ab und empfahl die Produktivitätskomponente mehrere Jahre nicht lohnwirksam werden zu lassen und nur einen Inflationsausgleich zu berücksichtigen. Nach der Rezession 92/93 lief das Lohnkonzept des Sachverständigenrates dann darauf hinaus, die nominale Lohnsteigerung unter dem Anstieg der realen Arbeitsproduktivität zu belassen, was bei hoher Inflation sogar Minusrunden zur Folge hätte.

Schließlich wurde im Jahresgutachten 97/98 das Konzept der „schlechten Produktivität“ erfunden: Produktivitätserhöhungen, die im Gefolge von Beschäftigungsabbau entstehen, sollten sich nicht mehr in Lohnerhöhungen niederschlagen, damit es wieder zu einem Beschäftigungsaufbau kommen könne. Anders formuliert lautet die perfide Logik der „Fünf Weisen“: Müssen die Beschäftigten infolge von Entlassungen schneller arbeiten, weil die entlassenen KollegInnen fehlen, so ist die entsprechende Produktivitätserhöhung nicht zu vergüten, damit die Entlassenen dann wieder eingestellt werden können.

Letztlich laufen die lohnpolitischen Empfehlungen des Sachverständigenrates auf eine Verschiebung der Verteilung zu Lasten der Löhne und Gehälter und zugunsten der Gewinne hinaus, d.h. Steigerungen des Volkseinkommens sollen überwiegend an Gewinneinkommensempfänger fließen bis die Arbeitslosigkeit verschwunden ist.

Mancherorts wird dies medienwirksam als notwendige, bescheidene Verzichtleistung zugunsten der Arbeitslosen dargestellt, etwa wenn es heißt, die Löhne müssten ja nur leicht hinter der Volkseinkommensentwicklung zurückzubleiben. Die entsprechenden Verteilungswirkungen sind jedoch überproportional: Steigt das Volkseinkommen beispielsweise um 2% und die Löhne und Gehälter nur um 1%, so bedeutet dies bei einer Lohnquote von 70%, dass die Gewinne um 4,3% steigen.

**Lohnzurückhaltung führt somit zu saftigen Gewinnsteigerungen. Der Verteilungsspielraum hat eben zwei Gesichter: Was die abhängig Beschäftigten von ihrem Teil nicht bekommen, schlägt sich überproportional bei den Kapitaleignern nieder und führt keineswegs automatisch zu mehr Beschäftigung.**

Einzelne Vertreter des Sachverständigenrats behaupten sogar, es gäbe einen festen, berechenbaren Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigungszuwachs:

„Liegt der Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in einem Jahr um einen Prozentpunkt niedriger als der des Volkseinkommens in laufenden Preisen, also des Bruttoinlandsproduktes, so nimmt die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb von drei Jahren um etwa ein Prozent zu. Dies sind für Westdeutschland rund 300.000 Arbeitsplätze pro Prozentpunkt Lohnzurückhaltung.“

(Siebert, Horst (1994), Geht den Deutschen die Arbeit aus? – Wege zu mehr Beschäftigung, München, S. 99

Diese Lohnzurückhaltungsthese stammt von Horst Siebert, einem Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. „Volkseinkommenswachstum größer als Lohnwachstum“ ist zugleich die Kerntheorie auf die sich der Sachverständigenrat mittlerweile stützt, wenn es um Empfehlungen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geht. Mit dieser „neuen“ Formel wird der Verteilungsspielraum theoretisch nach unten offen. Steigt das Volksein-

kommen nur inflationär und bleiben die Löhne dahinter zurück, so kommt es zu realen Minusrunden bei den Beschäftigten.

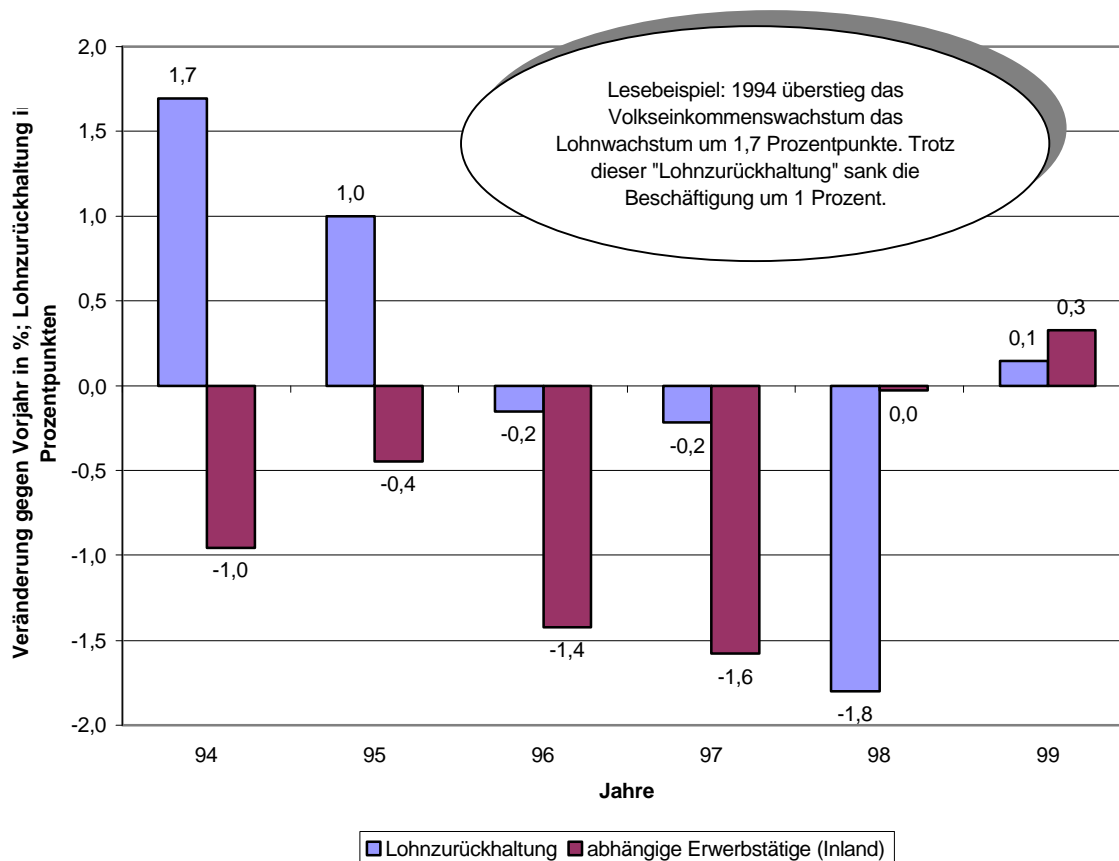
Auf die Beschäftigung bezogen lautet das Konzept: Ein Prozentpunkt Lohnzurückhaltung in einem Jahr bringt in 3 Jahren 1 Prozent mehr Beschäftigung, also in Westdeutschland rund 300.000 Arbeitsplätze und gesamtdeutsch rund 350.000. Bei 6 bis 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen müsste das Problem sich also mit 20 Jahren Lohnzurückhaltung lösen lassen, wenn nur die Gewerkschaften einsichtig genug wären.

So verführerisch einfach klingende Patentrezepte stoßen sich jedoch mit der marktwirtschaftlichen Realität: 1994 betrug die Lohnzurückhaltungsformel – berechnet als Volkseinkommenswachstum abzüglich Lohnwachstum – gesamtdeutsch rund 1,7 Prozentpunkte, doch die Beschäftigung stieg nicht, sie stabilisierte sich auch nicht, sondern sank im Verlauf der folgenden 3 Jahre um 3,4%. Auch die Lohnzurückhaltung des Jahres 1995 in Höhe von 1 Prozentpunkt zeigte nicht den von der Theorie versprochenen Effekt: Bis 1998 sank die Beschäftigung um knapp 3 Prozent.

Die Parole des Sachverständigenrates lautet jedoch „Durchhalten“: In der langen Frist werde sich Lohnzurückhaltung beschäftigungspolitisch schon auszahlen. Doch merkwürdigerweise beginnt die Beschäftigungslage sich ausgerechnet im Jahr 1998 und 1999 zu stabilisieren nachdem die Siebertsche Empfehlung 2 Jahre lang nicht befolgt wurde, die Bruttoarbeitseinkommen je abhängig Beschäftigtem also **stärker** als das Volkseinkommen wuchsen. Für 1999 ergeben die Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute sogar eine gestiegene Beschäftigung, obwohl in 1998 das Volkseinkommenswachstum um 1,8 Prozentpunkte unter dem Lohnwachstum blieb („negative Lohnzurückhaltung“).

> Siehe Schaubild 7

**Schaubild 7: Lohnzurückhaltung nach neoliberalen Konzept und Beschäftigungswirkung 1994-1999\***



Deutschland; Löhne als Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigtem; Lohnzurückhaltung als Wachstum des nominellen, verteilbaren Volkseinkommens (Nettowertschöpfung zu Faktorkosten) (vH gegen Vorjahr) abzüglich Wachstum des Bruttoeinkommens je abhängig Beschäftigtem (vH gegen Vorjahr); 1999 Vorausschätzung; Quelle: DIW, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Berechnung und Darstellung.

**Fazit: Nach fünf Jahren „moderater Tarifpolitik“ begleitet von Arbeitsplatzverlusten ist es 1999 erstmals wieder gelungen den Verteilungsspielraum aus Inflation und Produktivitätszunahme auszuschöpfen. Dies geht einher mit einer gestärkten Verbrauchsentwicklung und einer Stabilisierung der Beschäftigungsentwicklung. Zwischen gesamtwirtschaftlicher Lohnzurückhaltung und beschäftigungspolitischem Erfolg gibt es also keinen beweisbaren Zusammenhang. Im Gegenteil: Am Ende der 90er Jahre gehen von einer nachfrageorientierten Einkommenspolitik auch konjunkturbelebende Wirkungen mit entsprechenden Beschäftigungseffekten aus. Das angebliche Patentrezept „Lohnzurückhaltung“ übersieht, dass gesamtwirtschaftliche Arbeitskostensenkung und binnenwirtschaftliche Nachfrageminderung zwei Seiten einer Strategie sind, die letztlich in geringerer Beschäftigung mündet.**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## 4. **B**innenkonjunktur mit **N**achholbedarf – **G**ewinne staatlich finanziert!

„Eine ungleiche Verteilung der Steuerlast hat ähnlich bedenkliche Wirkungen auf die kurze und lange Frist, wenn fortgesetzte Entlastungen bei Gewinnen und hohen Einkommen durch steigende Belastungen am unteren Ende immer weniger kompensiert werden können und dann wegen Einkommenslücken in den staatlichen Haushalten Spar- bzw. Konsolidierungspolitik 'erzeugen'. Der entsprechende Druck ist um so größer, je mehr die Finanzierungsalternative öffentliche Verschuldung ‚versagt‘ wird.“

(Schäfer, C., (1999), Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe. Zur Verteilungswirkung 1998 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, H. 11, S. 745)

Das Rezept, das Arbeitgeber- und Politikvertreter seit Jahren verordnen, lautet Sparen, Sparen, Sparen. Auch die rot-grüne Bundesregierung stimmt nun in diesen Chor ein. Man „spart“ (richtiger: kürzt) allerdings nicht dort, wo Reichtum und Vermögen sind, sondern statt dessen bei den Einkommensschwächsten: bei Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Studierenden aus einkommensschwachen Familien und RentnerInnen.

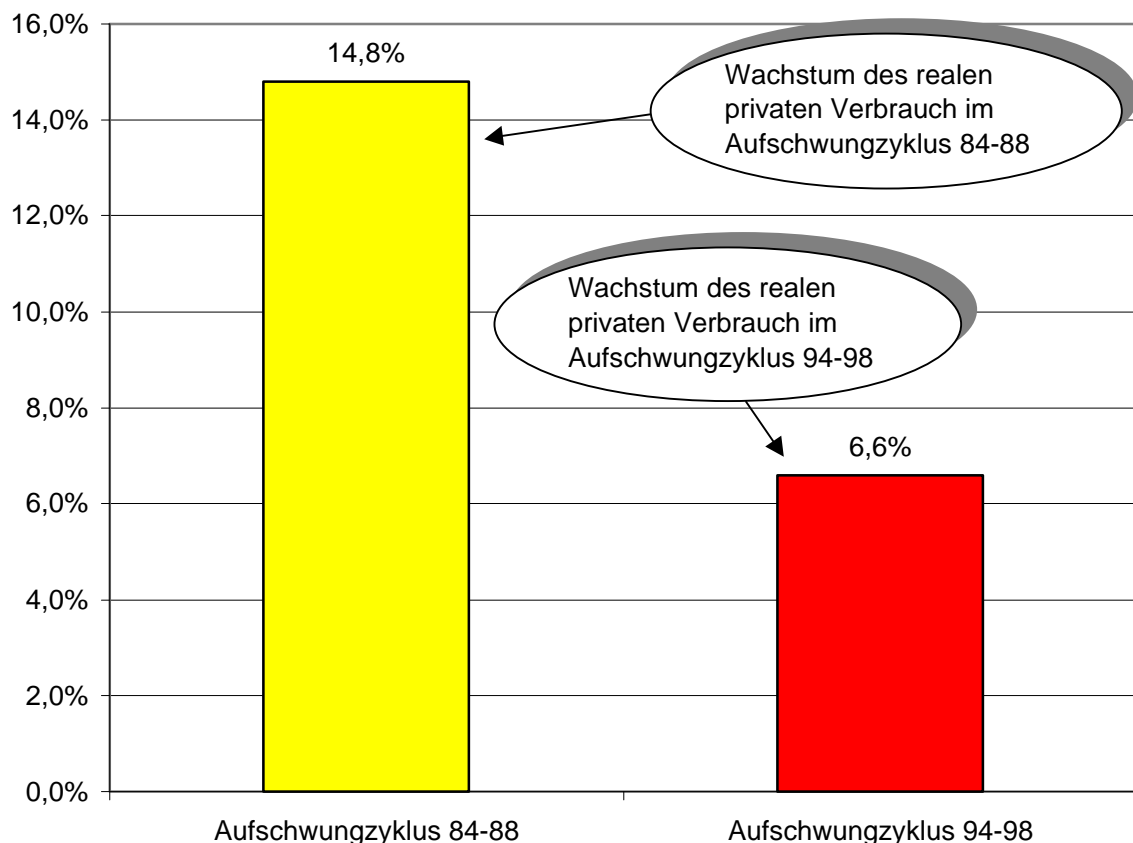
Die Sparpolitik – kombiniert mit Forderungen nach moderater Lohnpolitik und Ausweitung des sogenannten Niedriglohnsektor erweckt den Eindruck, als könne die Wirtschaft auch ohne Kaufkraftsteigerungen der Verbraucher florieren. Dies ist allerdings ein Irrtum.

Der seit 1994 laufende Aufschwungzyklus lahmt im Vergleich zum Aufschwung nach der Rezession 1981/82. Dies kommt insbesondere in der Entwicklung des Privaten Verbrauchs zum Ausdruck.

In dem Zyklus der achtziger Jahre stieg der Private Verbrauch nach der Krise 1981/82 in einem Zeitraum von 5 Jahren um real 14,8%. Ganz anders im laufenden Zyklus: In 5 Jahren Aufschwung von 1994 bis 1998 wurde nur eine private Verbrauchsteigerung von 6,6% gegenüber dem letzten Rezessionsjahr 1993 erzielt, d.h. nur rund die Hälfte des Wertes in den achtziger Jahren.

> Siehe Schaubild 8

### Schaubild 8: Aufschwung in den 90er Jahren nur mit halber Kraft: Reale Steigerungsraten des Privaten Verbrauchs in den 80er und 90er Jahren im Vergleich



Quelle: Deutsche Bundesbank, DIW; eigene Berechnungen, eigene Darstellung; 1983 erstes Aufschwungjahr des Zyklus der 80er Jahre; 1994 erstes Aufschwungjahr des Zyklus der neunziger Jahre

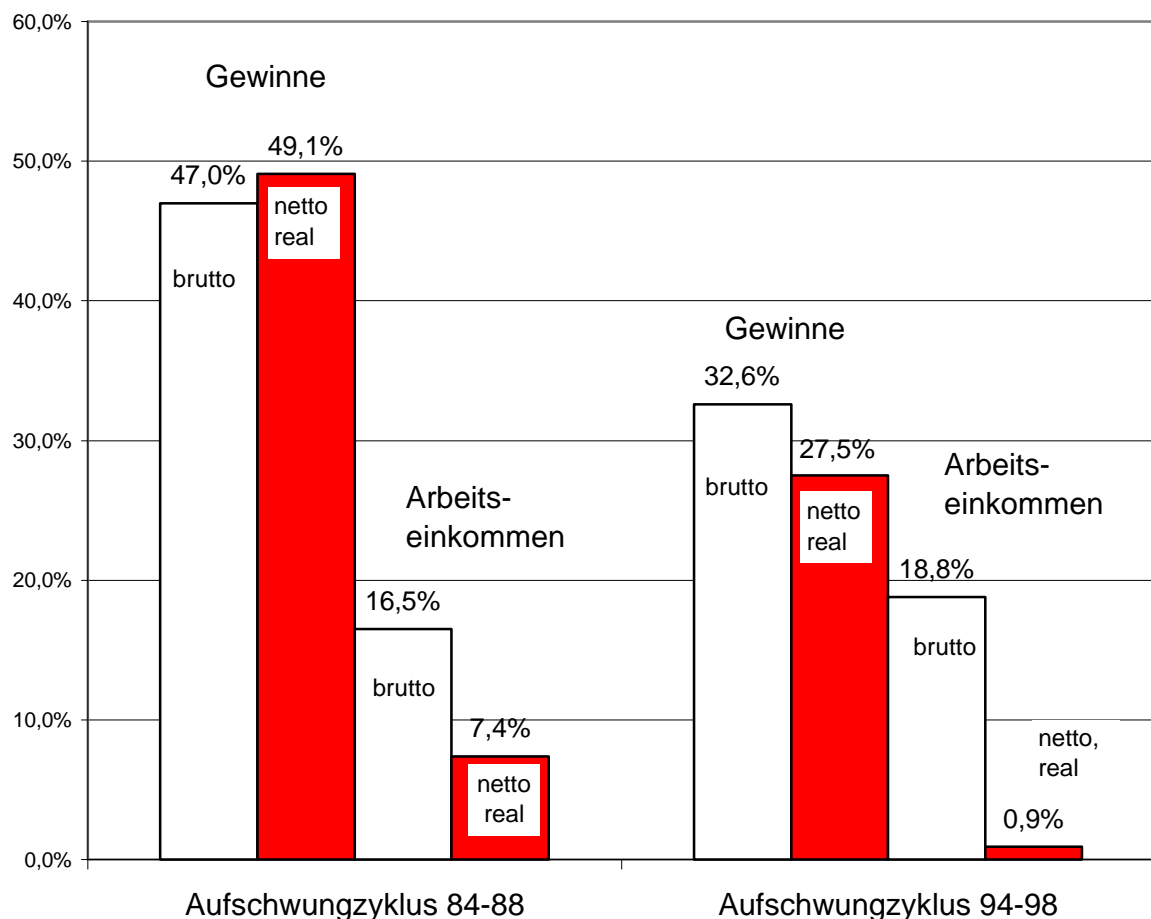
Bei der Entwicklung der Kaufkraft der abhängig Beschäftigten zeigen die verfügbaren Daten ein ähnliches Muster: Im Zyklus der achtziger Jahre sind die inflationsbe-



reinigten Nettoeinkommen (West) innerhalb der 5 Aufschwungjahre 1984-88 um insgesamt 7,4% gegenüber dem letzten Rezessionsjahr 1982 gestiegen. In den Aufschwungjahren 1994 bis 1998 wurde dagegen nur ein Kaufkraftplus von 0,9 % erzielt, d.h. etwa ein Achtel des Wertes aus den achtziger Jahren. Die privaten Gewinneinkommen dagegen sind in beiden Zyklen überproportional gestiegen, im 80er Zyklus netto sogar stärker als brutto.

> Siehe Schaubild 9

**Schaubild 9: Aufschwungzyklen im Vergleich:  
Entwicklung privater Gewinne und  
Arbeitseinkommen 1984-88 und 1994-99\***



\* 1984-88 alte Bundesländer; 1994-99 Arbeitseinkommen West, 1994-98 Gewinneinkommen nur noch gesamtdeutsch nachweisbar; Steigerung ausgewiesen gegenüber 1983 bzw. 1993; Quelle: WSI; eigene Berechnung und Darstellung

Die Dämpfung der Masseneinkommen durch Sozialstaatsabbau, durch steigende Lohnabgaben bei moderater Lohnentwicklung sowie durch Einkommensverluste infolge Arbeitslosigkeit bremsen den gesamtwirtschaftlich wichtigsten Konjunkturmotor seit Jahren aus. Besonders bedenklich ist, dass die Bremse gerade im Niedrigeinkommensbereich getreten wurde und wird, wo zusätzliches Einkommen in höherem Maße verbrauchswirksam ist als im Hoch- und Gewinneinkommensbereich.

**Verteilt man nach unten, stärkt man die wirtschaftliche Entwicklung; verteilt man nach oben, stärkt man vor allem Aktienkurse.**

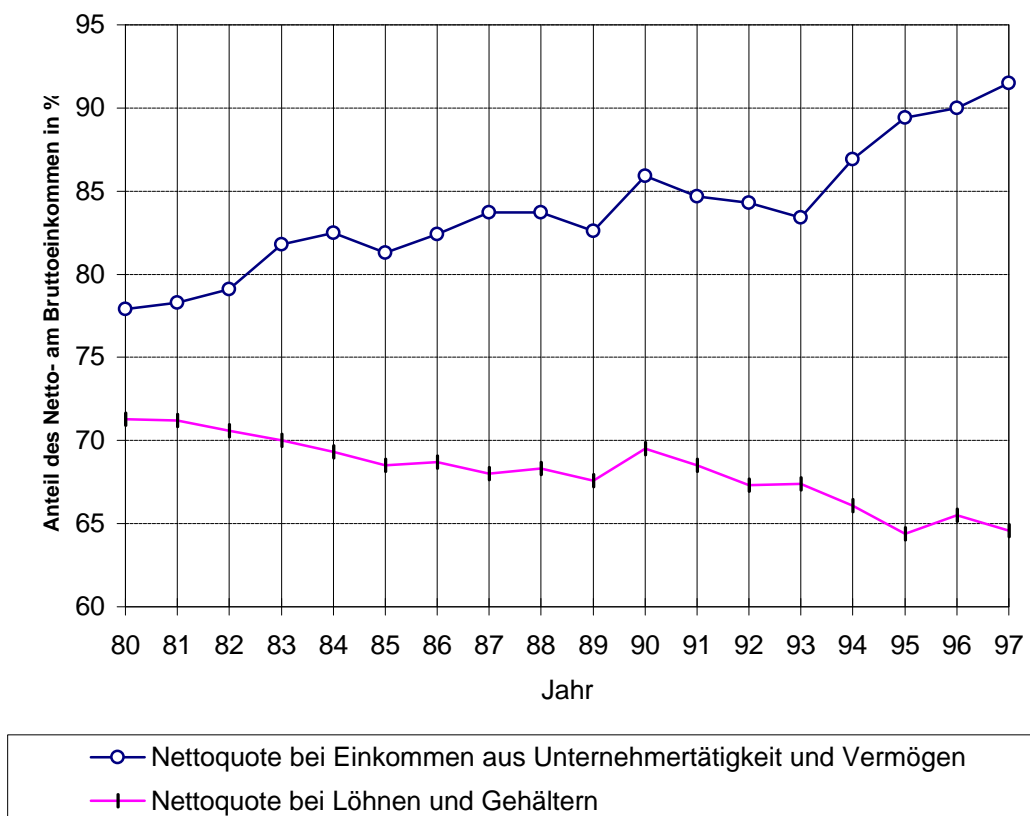
Die gesamtwirtschaftlichen Gewinneinkommen sind staatlicherseits über fast zwei Jahrzehnte kontinuierlich entlastet worden, während die Lohneinkommen Zug um Zug einer höheren Abgabenbelastung unterworfen wurden.

Dies zeigen die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (letztmals 1998) veröffentlichten langen Zeitreihen der Nettoquoten für Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Löhnen und Gehältern. Die Nettoquote gibt den Anteil der Nettoeinkommen an den entsprechenden Bruttoeinkommen wieder.

> Siehe Schaubild 10

## Schaubild 10: Was bleibt übrig?

### Gesamtwirtschaftliche Nettoquoten bei Lohn- und Gehaltseinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen\*



\* Nettoquoten als Anteil des Nettoeinkommens am Bruttoeinkommen in Prozent; Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Darstellung

1960 betrug die Nettoquote bei Löhnen und Gehältern 84,2%, d.h. 15,8% des Bruttolohns mussten für Steuern und Abgaben aufgewendet werden. 1980 waren es 28,7% und 1997 schon 35,4%, d.h. die relative Steuer- und Abgabenbelastung der Löhne hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt.

Die gesamtwirtschaftliche Gewinnbesteuerung hat sich genau umgekehrt entwickelt. 1960, in einem Vollbeschäftigungsjahr, lag sie bei 21,2%. Bis 1980 bewegte sie sich zwischen 19,1 und 23,7%, um dann im Zuge der neoliberalen Wende in einer rasanten Talfahrt bis 1997 auf 8,5% abzusinken und sich damit mehr als zu

halbieren.

20 Jahre kontinuierlicher Gewinnbesteuerungsverzicht werden aber nicht als Problem registriert. Der Blick scheint verstellt, wenn es um die Belastungsunterschiede zwischen laufenden Gewinn- und Arbeitseinkommen geht. Reichtum und Vermögen, also die Wohlstandsbestände, scheinen sich sogar völlig aus dem steuerpolitischen Blickfeld entfernen zu können.

Ersatzweise werden Staatsverschuldung und Sozialstaat ins Fadenkreuz genommen, denn diese lassen sich als „ewige Themen“ pressewirksam ins öffentliche Bewußtsein lancieren. Die verfehlte Verteilungspolitik dagegen ist nicht zuletzt wegen fehlender Daten schwieriger darzustellen. Dieses Problem wird sich mit dem Umstieg vom deutschen auf das europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Zukunft sogar noch verstärken, obwohl die Verteilungsrechnung, insbesondere die personelle, d.h. auf Bevölkerungsschichten bezogene, immer schon ein Stiefkind der amtlichen Berichterstattung war.

Die Gewinnsteuerquote lag 1980 mit 22,1% nur einen knappen Prozentpunkt über der Gewinnsteuerlast des Vollbeschäftigungsjahres 1960 mit 21,2%. Hätte man ein solches Besteuerungsniveau der privaten Gewinneinkommen beibehalten, so wären zwischen 1982 und 1997 rund 660 Mrd. DM an *zusätzlichen* Gewinnsteuern eingenommen worden. Der Verzicht auf diese Steuereinnahmen und die entsprechende Verschuldung des Staates bedeuten bei einer Zinsrate von 6% außerdem eine zusätzliche Zinslast von rund 215 Mrd. DM zwischen 1982 und 1997. In der Kohl-Ära hat der Staat sich seine Gewinnideologie also rund 885 Mrd. DM kosten lassen. Das sind 40% der öffentlichen Verschuldung von 1997.

> Siehe Schaubild 11

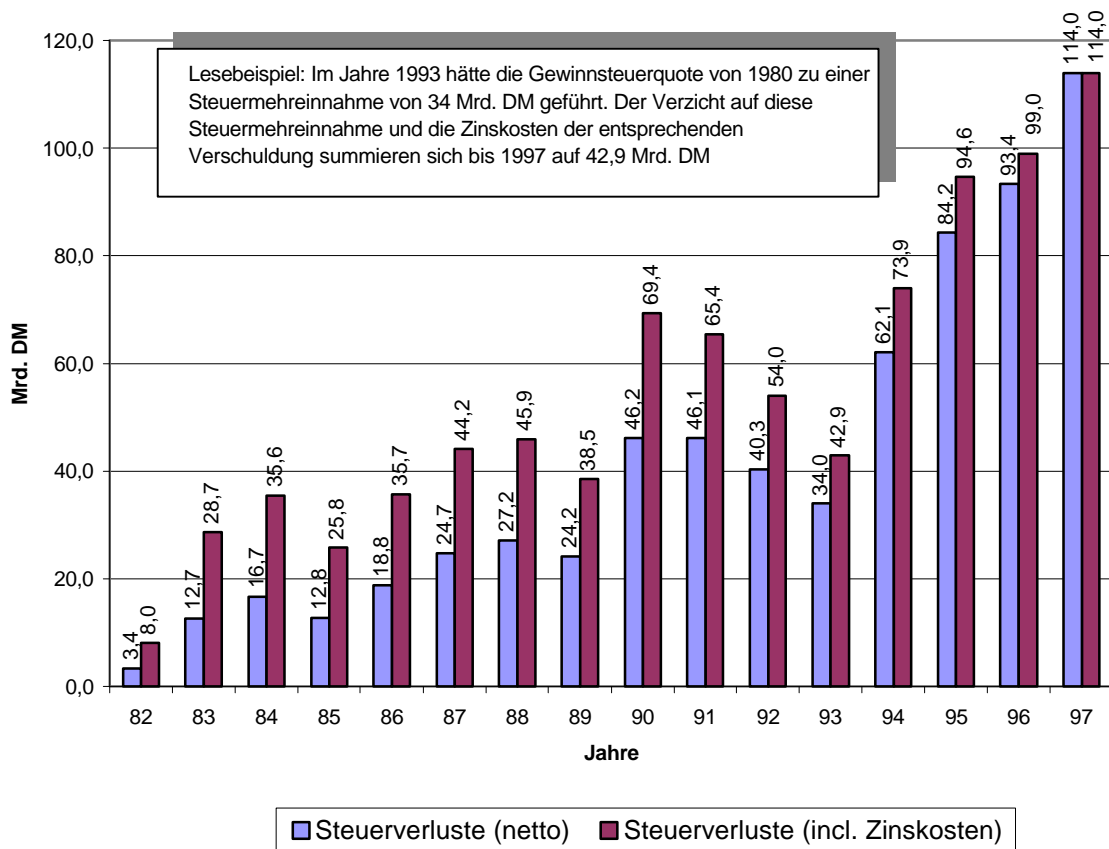
Diese Rechnung ist allerdings noch bescheiden. Wäre die Gewinnsteuerquote nicht nur beibehalten, sondern seit 1982 jährlich entsprechend der gestiegenen Lohnbelastungsquote angepasst, also um dieselben Prozentpunkte gehoben worden, so hätte die Gewinnbesteuerung 1997 ein Niveau von 27,5% statt 8,5% erreicht. Der Verzicht auf die Belastungsgerechtigkeit zwischen Löhnen und Gewinnen hat den Staat rund 900 Mrd. DM an verlorenen Gewinnsteuereinnahmen und 276 Mrd. DM an zusätzlich zu zahlenden Zinsen gekostet. Die steuerliche Alimentierung der gesamtwirtschaftlichen Gewinneinkommen summiert sich also allein zwischen 1982

und 1997 auf 1176 Mrd. DM und damit, nach dieser Rechnung, auf rund 53% des Staatsverschuldungsniveaus von 1997.

**Die hohe Staatsverschuldung ist also zum Großteil Folge einer verfehlten Entlastung der Gewinneinkommen.**

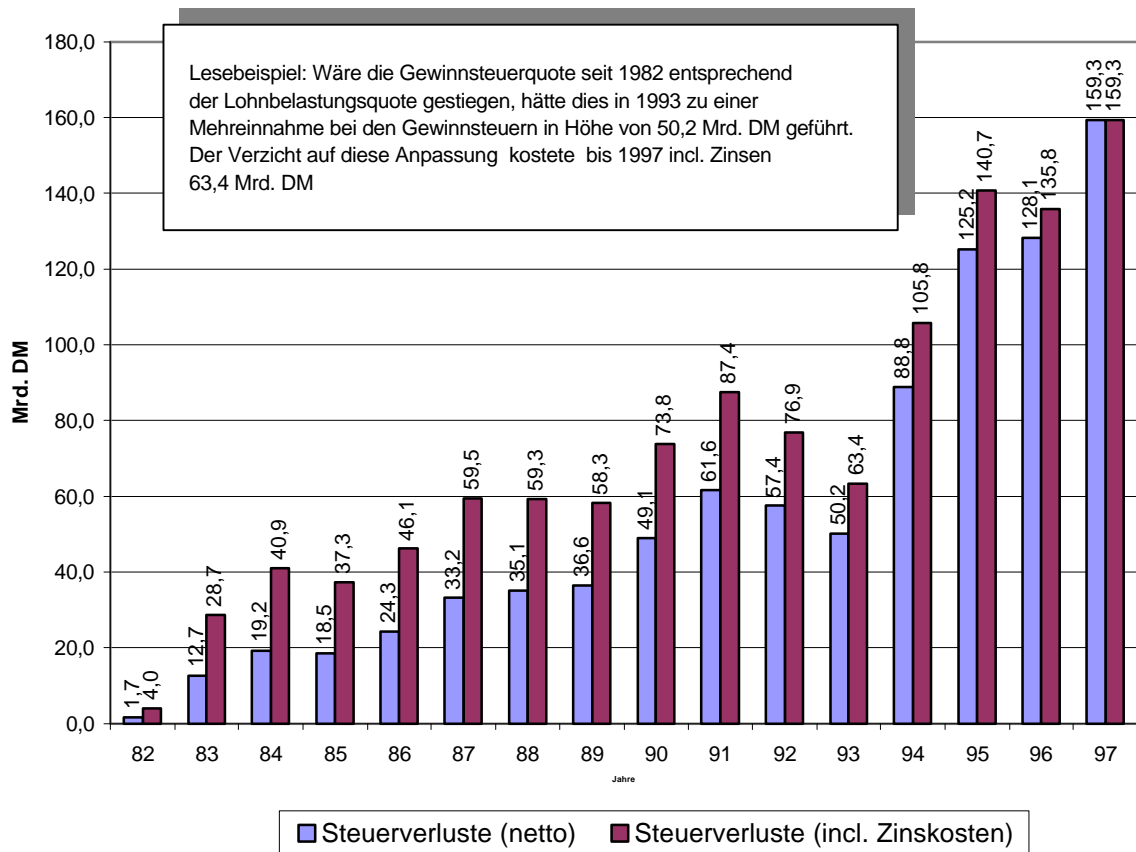
> Siehe Schaubild 12

**Schaubild 11: Fiskalische Kosten staatlicher Gewinnschonung (I):  
Jährliche Steuermindereinnahmen 1982 – 97 durch  
Absenkung der Gewinnsteuerquote unter das Niveau  
von 1980\***



\* Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Berechnungen; eigene Darstellung; siehe auch eine ähnliche Rechnung für die Jahre 1980-95 bei Martin Klaus (1998)

## Schaubild 12: Fiskalische Kosten staatlicher Gewinnschonung (II): Jährliche Steuermindereinnahmen durch fehlende Anpassung von Gewinn- an gestiegene Lohnbelastung\*



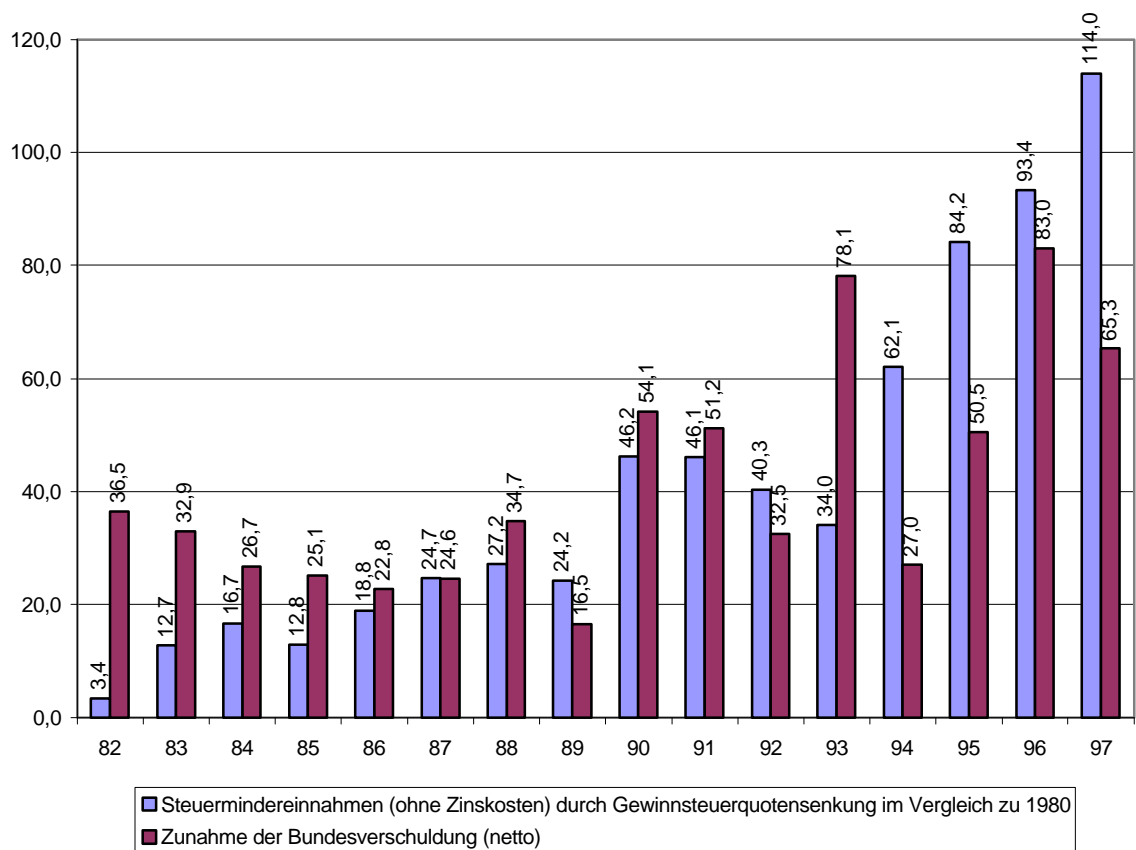
\*Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Berechnungen; eigene Darstellung; siehe auch die ähnliche Rechnung von 1980 bis 1995 bei Martin Krauss (1998)

Die Absenkung der Gewinnsteuerquote auf ein historisches Minimum ist mit einer zunehmenden Staatsverschuldung einhergegangen. Angeblich erdrückt der Sozialstaat Wirtschaft wie Gemeinwesen und ist deshalb nicht mehr in bestehendem Umfang finanzierbar. Tatsächlich sind die privaten Gewinneinkommen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt quasi steuerfrei gestellt und damit der Aufgabe der Staatsfinanzierung entledigt worden. Unter der fatalen Fiktion einer Standortschwäche hat die wirtschaftspolitische Schonung der Gewinne in ein fiskalisches Abseits geführt, in das nun die Schwächsten der Gesellschaft laufen sollen, weil der Staat sparen muss. Eine Gegenüberstellung von jährlicher Zunahme der Bundesverschuldung und Steuermindereinnahmen durch abgesenkte Gewinnsteuerquote

zeigt die Größenordnung in denen sich das „Betriebsproblem“ der Deutschland AG bewegt.

> Siehe Schaubild 13

**Schaubild 13: Gewinnbesteuerungsverzicht und  
Bundesschuldenzunahme 1982-97\***



\* ab 1991 gesamtdeutsch; Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Berechnungen; eigene Darstellung

**Fazit: Im laufenden Konjunkturaufschwung läuft der Private Verbrauch nur noch mit halber Kraft verglichen mit dem Aufschwung der 80er Jahre. Die neoliberale Staats- und Gewinnideologie kann nach langjährigem Schrauben an Sozialstaat und Masseneinkommen den „Erfolg“ in den 90ern verbuchen: Die Konjunktur wurde abgewürgt.**

**Die Abgabenbelastung zwischen explodierenden Privatgewinnen und Arbeits-einkommen wurde kontinuierlich zu Lasten letzterer verschoben. Zugleich geriet der Fiskus durch den seit Beginn der 80er Jahre anhaltenden Gewinnbesteuerungsverzicht in die sogenannte Schuldenfalle, aus der er sich durch Sozialstaatsabbau zu befreien suchte. Diese Fehlentwicklung will die rot-grüne Koalition nun aber nicht durch diejenigen korrigieren lassen, die davon anderthalb Jahrzehnte profitiert haben, sprich die Gewinneinkommensempfänger, sondern wie selbstverständlich soll wieder zu Lasten der Schwächsten operiert werden. Die auf diese Weise doppelte Geplünderten werden überdies noch zu den Tätern erklärt.**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



## 5. Probleme internationaler Lohnvergleiche

„Vielfach werden in der Standortdebatte die hohen Arbeitskosten in Deutschland als Beleg für eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und als Erklärung für die hohe Arbeitslosigkeit herangezogen. Grundlage solcher Untersuchungen sind oftmals die hohen Arbeitskosten je Stunde in der verarbeitenden Industrie. (...) Bei derartigen Untersuchungen der deutschen Wettbewerbsposition wird jedoch übersehen, daß diese Vergleiche lediglich auf den Stundenlöhnen von Arbeitern im verarbeitenden Gewerbe basieren, also nur einen kleinen Teil der Beschäftigten repräsentieren. (...) **Für allgemeine Schlußfolgerungen zur deutschen Wettbewerbsposition und als Erklärung der Arbeitslosigkeit sind diese Untersuchungen daher nicht geeignet.**“

(Scheremet, W., 1999, Arbeitskosten im internationalen Vergleich: Eine Auseinandersetzung mit bestehenden Konzepten, in: DIW-Wochenbericht 38, S. 681f.)

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) präsentiert jährlich einen internationalen Vergleich der Arbeitskosten je Stunde. Ebenso regelmäßig zieht die Hiobsbotschaft von den zu hohen deutschen Bruttolöhnen durch die Medienlandschaft.

Mit rund 48 DM je Stunde incl. Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, bezahlte Feiertage, Lohnfortzahlung, Sonderzahlungen etc. eingerechnet, liegt der vom IW ermittelte Wert tatsächlich an der Spitze. Ein derartiger Vergleich führt jedoch in die Irre und das ist auch beabsichtigt.

Den IW-Zahlen liegen die durchschnittlichen Stundenlöhne von *Industriearbeitern* zugrunde, da nur diese für einen internationalen Vergleich genau und regelmäßig genug erfasst werden. In Deutschland beträgt der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbeschäftigung allerdings nur noch 15% bei sinkendem Trend. Darüber hin-

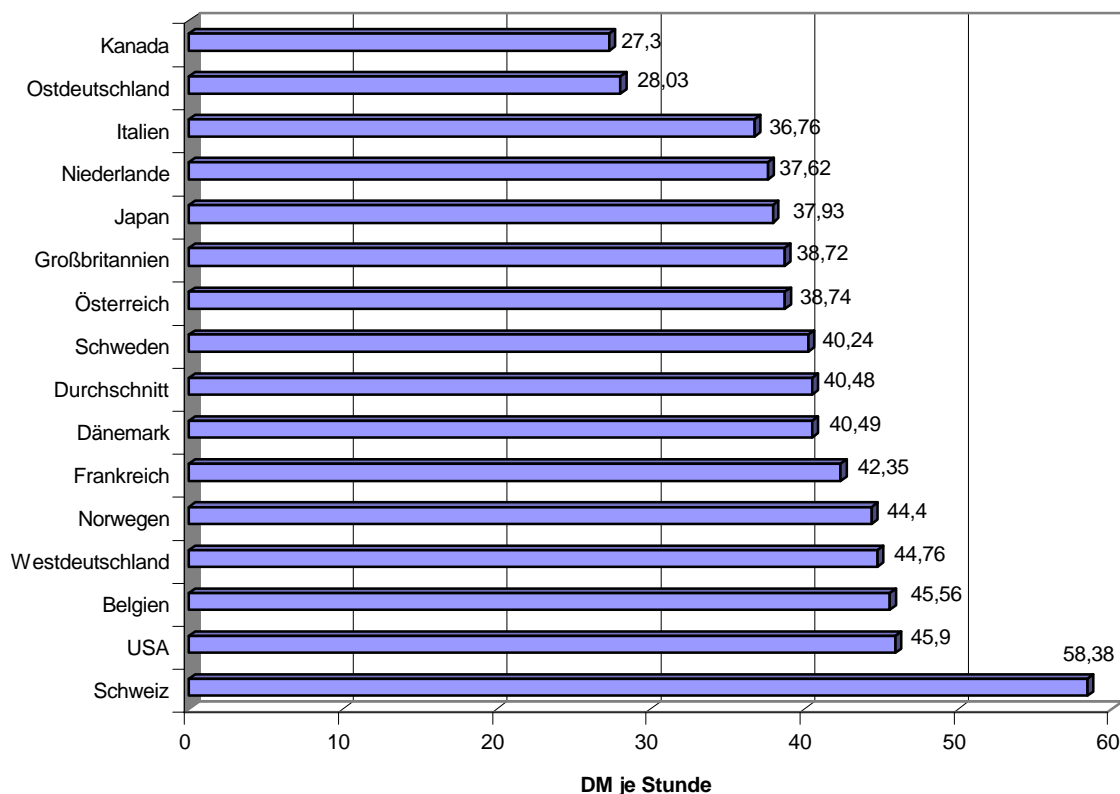
aus ist der deutsche Industriefacharbeiter kaum mit dem britischen oder US-amerikanischen vergleichbar, da letztere überwiegend einen Hilfsarbeiterstatus innehaben.

Noch entscheidender ist allerdings, dass in der Industrie die Lohnkosten nur einen Anteil von rund 23% am gesamten Industrieumsatz haben. Nicht die Löhne sind der entscheidende Kostenblock sondern die aus der Gesamtwirtschaft bezogenen Vorleistungen incl. der darin enthaltenen Lohnkosten schlagen mit über 60% des Industrieumsatzes zu Buche (siehe Scheremet (1999), S. 685).

Für eine lohnbezogene Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit kann demzufolge nur eine *gesamtwirtschaftliche* Lohngröße ausschlaggebend sein. Der *gesamtwirtschaftlich berechnete* Bruttostundenlohn liegt in Deutschland allerdings nicht an der Spitze sondern auf ähnlich hohem Niveau wie der anderer Industrieländer und sogar unter dem us-amerikanischen.

> Siehe Schaubild 14

**Schaubild 14: Gesamtwirtschaftliche Arbeitskosten je Stunde im internationalen Vergleich 1998\***



\* Quelle: DIW

Ginge es nach den Arbeitskosten je Stunde, müssten westdeutsche Unternehmen geschlossen nach Ostdeutschland auswandern. Der Niedriglohnsektor liegt nämlich vor ihrer Haustür: Mit Arbeitskosten von 28,03 je Stunde liegt das Niveau in den neuen Bundesländern rund 28% unter dem westdeutschen und 31% unter dem Industrieländerdurchschnitt. Trotz niedriger Löhne ist die ostdeutsche Quote registrierter Arbeitsloser mit 18,2% (Oktober 1999) aber rund doppelt so hoch wie die westdeutsche.

„Der ganze ‚Niedriglohn-Sektor Ostdeutschland‘ hat über viele Jahre seines Bestehens belegt, daß selbst Lohndifferenzen von 30 bis 40 vH (...) den Arbeitsmarkt nicht begünstigen können. Soweit Kosten für die Arbeitsmarktmisere in Ostdeutschland verantwortlich gemacht werden, können dies nicht Lohnkosten sein.“

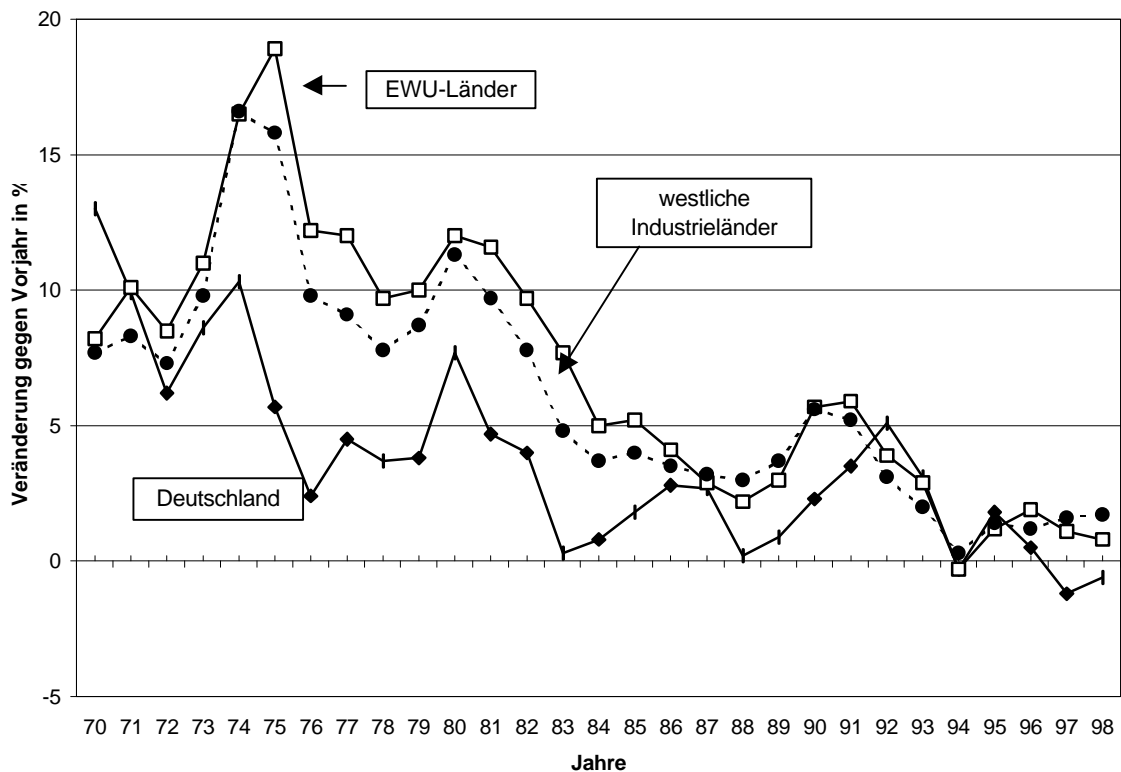
(Schäfer, Claus (1999), Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe – Zur Verteilungsentwicklung 1998 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, H. 11, S. 745)

Die Lohnhysterie der Arbeitgeberverbände entpuppt sich bei genauem Hinsehen als reine Interessenpolitik, die mit der Realität nichts zu tun hat. Dies wird noch deutlicher, wenn man statt auf Stundenlöhne abzustellen, den betriebs- und volkswirtschaftlich maßgeblichen Lohnindikator verwendet, nämlich die Lohnstückkosten. Wer je Stunde das Doppelte produziert, hat auch bei doppelten Stundenlöhnen keinen preislichen Wettbewerbsnachteil, da die Lohnkosten je produzierter Einheit gleich sind. Die Lohnstückkosten ergeben sich also aus Produktivität *und* Lohnkosten. Volkswirtschaftlich werden sie berechnet als Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit je Einheit des (realen) Bruttoinlandsproduktes.

Die Entwicklung dieser Größe ist über Jahrzehnte hinweg in Deutschland moderater verlaufen als in anderen Industrieländern. Wenn die Lohnkosten je Stück aber moderater steigen als bei den Weltmarktkonkurrenten kann von einem lohnbezogenen preislichen Wettbewerbsnachteil Deutschlands nicht mehr die Rede sein.

> Siehe Schaubild 15

## Schaubild 15: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich 1970-1998\*



Lohnstückkosten als Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsproduktes (in Landeswährung); ab 1995 Gesamtdeutschland  
Quelle: DIW

Deutschland hat sich durch Lohnzurückhaltung und starke Produktivitätsfortschritte regelmäßig Wettbewerbsvorteile im internationalen Handel verschafft, wie die traditionell überschüssige Handelsbilanz zeigt. Allerdings sind diese Vorteile durch die Aufwertungen der DM teilweise wieder kompensiert worden.

Die Aufwertungsproblematik wird von den Lohnkritikern ebenfalls gern übersehen:

Wenn ein Land hohe Auslandsumsätze tätigt, also fremde Währungen einnimmt, wird es diese, um die weiteren Produktionskosten zu decken, in die heimische Währung tauschen müssen. Hohe (richtiger: überschüssige) Auslandsumsätze, bedeuten auf den Devisenmärkten hohe Nachfrage nach der eigenen Währung. Hohe Nachfrage wiederum bedeutet steigender Preis, so dass der Preis der DM an den Devisenmärkten in Folge der hohen deutschen Handelsüberschüsse langfristig gestiegen ist. Die deutschen Exporteure mussten, um „ihre DM“ zu erhalten, immer

mehr an Auslandswährung bezahlen. Dies können sie kompensieren, indem sie die Preise für ihre Exportgüter anheben, was dann tatsächlich eine Schmälerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bedeutet. Dieser „Standortnachteil“ ist allerdings Folge langjähriger Exportstärke, d.h. durch die Währungskurs- und nicht durch die Lohnentwicklung bedingt.

Die deutschen Wettbewerbsvorteile, die durch Lohnzurückhaltung immer wieder erzielt wurden, sind durch exportbedingte Aufwertungen der DM geschmälert worden. Dies ist aber kein Problem zu hoher Löhne, sondern ein Automatismus der Devisenmärkte. Wer lohnbezogene Standortkritik betreibt, darf diesen Zusammenhang nicht unterschlagen.

**Fazit: Die Löhne werden von den Standortkritikern in schiefen Zusammenhängen problematisiert. Der Bruttostundenlohn ist für internationale Standortvergleiche nicht geeignet. Insbesondere ist es nicht zulässig, die Betrachtung auf nur 15% der Beschäftigten einzuschränken, selbst wenn statistisch-pragmatische Gründe hierfür sprechen mögen. Auf der Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung der Arbeitskosten je Stunde ergibt sich kein Anhaltspunkt für einen Wettbewerbsnachteil. Legt man den betriebs- und volkswirtschaftlich geeigneten Maßstab zu Grunde, nämlich die Entwicklung der Lohnstückkosten, kommt man sogar zum gegenteiligen Ergebnis: Deutschland hat immer wieder Wettbewerbsvorteile durch Lohnzurückhaltung errungen, die sich in einer überschüssigen Handelsbilanz niederschlagen. Die Kompensation dieser Vorteile durch Währungsaufwertung kann nicht zum Lohnproblem erklärt werden.**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## 6. Das Zukunftsprogramm der rot-grünen Regierung: Licht und Schatten

„Wir haben, zum großen Ärger aller linken Ideologen, die Besteuerung von Unternehmen innerhalb der vergangenen fünf Jahre um elf Prozentpunkte gesenkt, was dazu geführt hat, daß die Ertragssteuern für Unternehmen sich heute auf dem niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik befinden.“

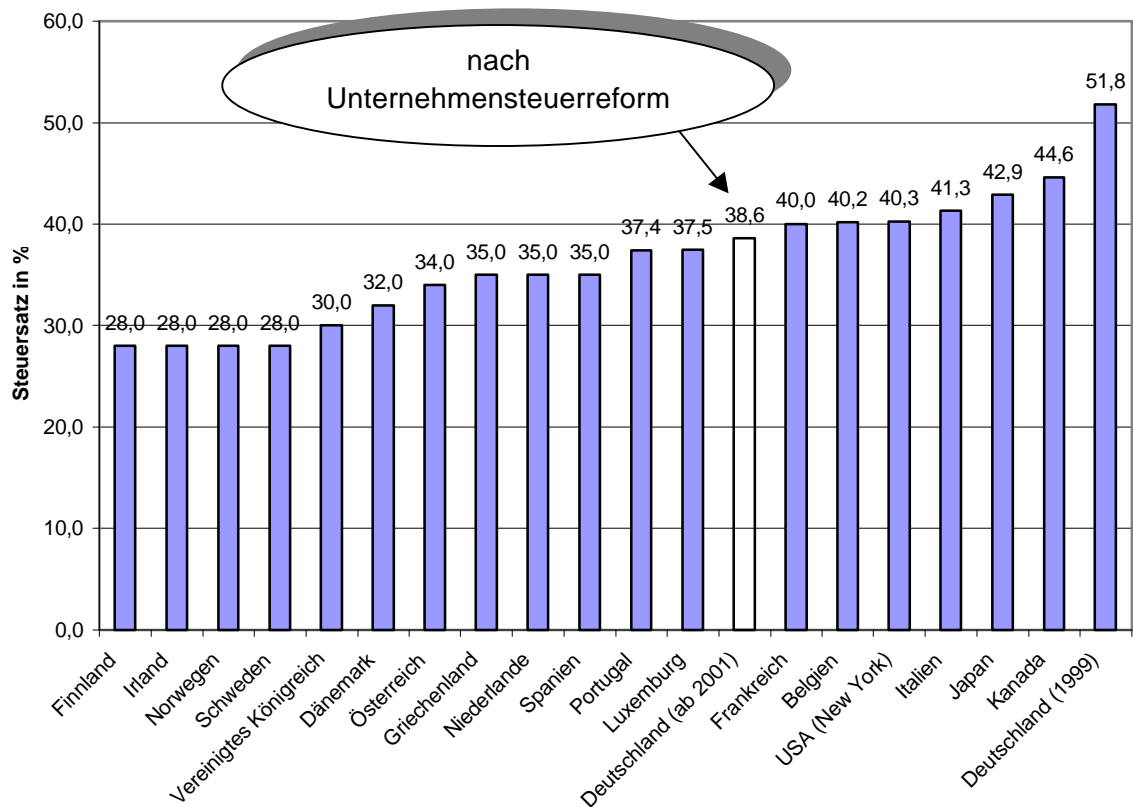
(Schäuble, W. (1994), Und der Zukunft zugewandt, Berlin, S. 128f.)

Der Körperschaftsteuersatz für Kapitalgesellschaften, d.h. im wesentlichen Aktiengesellschaften und GmbHs, lag in den 80er Jahren noch bei 56% für im Unternehmen einbehaltene Gewinne und 36% für die Gewinnausschüttung an Kapitaleigner. Derzeit betragen die steuertariflichen Sätze 40% für einbehaltene und 30% für ausgeschüttete Gewinne. Mit der Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2001 soll es einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von 25% auf einbehaltene wie ausgeschüttete Gewinne geben, d.h. die Spaltung des Körperschaftsteuersatzes, die eine internationale Besonderheit darstellte, wird aufgegeben.

Nach der Unternehmensteuerreform wird die steuertarifliche Belastung der Kapitalgesellschaften (inkl. Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag) mit 38,6% deutlich unter dem Steuersatzniveau von 1999 (51,8%) liegen. Deutschland wird damit neben der effektiven Besteuerung auch mit dem „optischen“ Unternehmensteuersatz international einen Platz im Mittelfeld einnehmen. Das Argument, hohe tarifliche Steuersätze bewirkten trotz geringer effektiver Gewinnbelastung psychologische Investitionsbarrieren wird nicht mehr tragen.

> Siehe Schaubild 16

## Schaubild 16: Tarifbelastung einbehaltener Kapitalgesellschaftsgewinne im internationalen Vergleich\*



\* Gewinnbesteuerung für Deutschland (incl. Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag) und ähnliche Steuern in anderen Ländern; Vergleichsjahr für andere Länder 1999; Quelle: Bundesministerium der Finanzen nach Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H.1/2000, S. 2

Ein solcher Vergleich der *tariflichen* Sätze ist jedoch, wie zahlreiche Vergleichsstudien belegen, irreführend. Gerade in Deutschland ist die effektive gegenüber der tariflichen Belastung auf Grund sehr flexibler Gewinnermittlungsvorschriften wesentlich geringer als im internationalen Vergleich. Daher sieht die Unternehmensteuerreform eine Korrektur der großzügigen Bewertungsvorschriften vor, d.h. die Gewinnermittlung deutscher Unternehmen soll realistischer werden. Mit den vorgesehenen Einschränkungen steuerlicher Gestaltungsspielräume erwartet die Bundesregierung, dass die Nettosteuererträge zugunsten des Unternehmenssektors rund 8 Milliarden DM betragen werden.

Eine besondere Überraschung in der Unternehmensteuerreform ist die steuerliche



Freistellung von Veräußerungsgewinnen, die eine Kapitalgesellschaft beim Verkauf von Beteiligungen an einer anderen Kapitalgesellschaft erzielt. Derartige Beteiligungen (z.B. Aktienpakete) sind in den Unternehmensbilanzen mit ihrem Anschaffungswert bilanziert, auch wenn sie im Zuge der Aktienmarktentwicklung ein Vielfaches an Wert gewonnen haben. Diese Niederstwertbilanzierung wurde damit begründet, dass Kursgewinne erst mit dem Verkauf der Beteiligung zu versteuern seien, also nach ihrer Realisierung. Dieses im Vergleich zum internationalen Bilanzierungsrecht schon sehr freizügige Regelung wird nun durch die Steuerfreistellung der Veräußerungsgewinne noch weiter ausgedehnt als von hochrangigen Wirtschaftsvertreter erwartet und gefordert. So hatte etwa Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle noch im letzten Jahr betont, dass gegen eine 20-prozentige Besteuerung von Veräußerungsgewinnen „nichts einzuwenden“ sei.

Die Nullbesteuerung von Beteiligungsveräußerungen wird durch eine weitere freigiebige Regelung ergänzt: Nach der Unternehmensteuerreform in 2001 wird bis zum Jahr 2016 die Gewinnausschüttung aus "Altkapitalbeständen", die noch nach altem Körperschaftsteuerrecht besteuert worden sind, mit rund 15% Steuerrückstattung, d.h. insgesamt rd. 73 Mrd. DM, subventioniert.

Die unternehmensteuerliche Großzügigkeit der rot-grünen Regierung hat einen sozialen Kontrast in ihrer Reformpolitik geschaffen. Es ist schwer einsehbar, warum nach langjähriger Ära angebotsorientierter Steuerpolitik die Gewinneinkommen steuerlich weiterhin entlastet werden sollen und zugleich Beiträge zum Abbau der Staatsverschuldung ökonomisch schwächeren Bevölkerungsschichten, wie Arbeitslosen und RentnerInnen, aufgebürdet werden.

So soll bei den Renten wider den Vertrauensschutz und die seit 1957 bestehende Rentensystematik die nettolohnbezogene Anpassung in 2000 und 2001 ausgesetzt werden und statt dessen nur eine Inflationsanpassung erfolgen. Das Argument, dies geschehe, da man die Nettolohnsteigerungen aus der Einkommensteuerreform nicht an die Rentner weitergeben könne, übersieht, dass auch nettolohnbezogene Anpassungen denkbar sind, die um steuerliche Entlastungen bereinigt sind.

Nachbesserungsbedarf besteht ebenso bei dem Vorhaben die Arbeitslosenunterstützung (Arbeitslosengeld und -hilfe) nur an die Inflations- statt wie bisher an die Lohnentwicklung anzupassen. Nach Untersuchungen des DIW liegen Langzeitarbeitslose mit ihrem verfügbaren Einkommen im Durchschnitt nur knapp über der

sogenannten Armutsgrenze in Höhe von 50% des Durchschnittseinkommens. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die Lohnersatzleistung in der Arbeitslosenhilfe nur 53 bzw. mit Kind 57% des letzten Nettogehalts beträgt. Im Rahmen der sogenannten Marktwerttaxierung, die von der alten Bundesregierung eingeführt wurde, wird diese Bemessungsgrundlage zudem um jährlich 3% gekürzt. Die neue Bundesregierung führt nun als weitere Maßnahme zu Lasten dieses Personenkreises die Senkung ihrer Sozialversicherungsbeiträge ein. Auch soll die sogenannte originäre Arbeitslosenhilfe gestrichen werden. Diese kann bisher nach kurzzeitigen Beschäftigungen (150 Tage) bzw. im Falle der Arbeitslosigkeit nach nicht arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungen (Referendare, Zeitsoldaten und Beamte auf Zeit) bezogen werden.

Diese einseitige und fortgesetzte Belastung ökonomisch schwächerer Personengruppen ist mit Vorstellungen von sozialer Ausgewogenheit nicht vereinbar, wenn zugleich dem Unternehmenssektor Steuerentlastungen gewährt werden, obschon zahlreichen Studien zufolge weder lohn- noch steuerbezogene Standortnachteile existieren.

Kurz vor dem Jahreswechsel gab die Bundesregierung bekannt, dass sie die Einkommensteuer über das Steuerentlastungsgesetz aus der Lafontaine-Zeit hinaus noch weiter absenken will. Dies geschieht in drei Stufen:

- In der ersten Stufe Anfang 2001 sinkt der Spitzensteuersatz, der ab einem Jahreseinkommen von rund 100.000 DM greift, auf 48,5% (1998: 53% ab 120.000 DM). Der Eingangssteuersatz wird auf 19,9% gesenkt; das steuerfreie Existenzminimum steigt auf 14.000 DM.
- Zum 1. Januar 2003 greift die zweite Stufe: Der Spitzensteuersatz wird auf 47% abgesenkt, der Eingangssteuersatz auf 17%. Der Grundfreibetrag steigt auf 14.500 DM.
- In der letzten Stufe ab 2005 sinken Spitzen- und Eingangssteuersatz auf 45 bzw. 15%. Der Grundfreibetrag wird auf 15.000 DM angehoben.

Aus der Sicht der Beschäftigten ergibt sich ein überwiegend positives Bild. Das steuerfreie Einkommen für eine Familie mit zwei Kindern steigt von 33.600 DM im

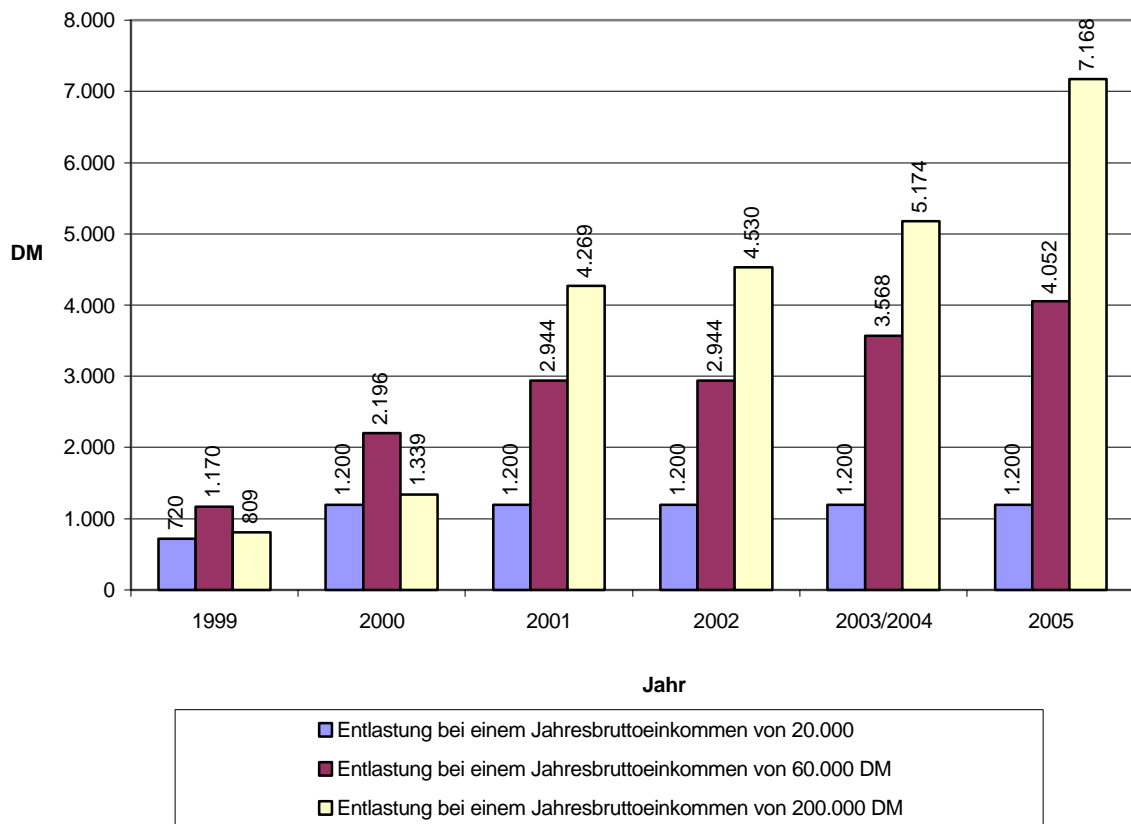
Jahr 1998 auf 40.285 DM im Jahr 2005. Auf Grund des progressiven Verlaufs des Steuertarifs vom Eingangs- zum Spitzensteuersatz ergeben sich Entlastungen für alle Steuerpflichtigen.

Ein lediger Arbeitnehmer ohne Kinder (Steuerklasse I/0) wird im Jahr 2005 bei einem Jahresbruttoverdienst von 60.000 DM rund 2400 DM weniger Steuern zahlen als 1998. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Jahresverdienst von 200.000 DM um rund 10.000 DM entlastet.

Der verheiratete Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2) wird im Jahr 2005 incl. erhöhter Kindergeldzahlungen um rund 4052 DM entlastet.

Siehe Schaubild 17

**Schaubild 17: Gesamtentlastung (incl. Kindergelderhöhung) in der Steuerklasse III/2 (Verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern) bei einem Jahresbruttoeinkommen von 20.000 DM, 60.000 DM und 200.000 DM\***



\* Entlastungsvolumen gegenüber dem Jahr 1998; Quelle: Bundesministerium der Finanzen nach Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 1/2000, S. 20; eigene Darstellung

Der Einkommensmillionär wird mit der stufenweise Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 45% im Jahr 2005 um rund 72.000 DM entlastet. Gemessen an Konzepten, die eine Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 35% vorsehen, ist die rot-grüne Steuerreform realistischer geblieben. Aber auch bei der Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 45% sind die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Hochverdiener entsprechend einzuschränken, um zu einer verbreiterten Steuerbemessungsgrundlage zu kommen. Eine Vereinfachung des Steuerrechts ist kaum zu erwarten.

**Fazit: Die Bundesregierung hat bisher den Eindruck einer sozialen Schieflage in ihrem Reformpaket nicht widerlegen können. Dies liegt vor allem daran, dass einem bei der Effektivbesteuerung international nicht benachteiligten Unternehmenssektor Nettoentlastungen gewährt werden und zugleich bei ökonomisch schwächer gestellten Bevölkerungsschichten gespart wird: Bei Arbeitslosenunterstützungsempfängern und RentnerInnen, die bei stagnierendem Einkommen mit einer Ökosteuern belastet werden und abgesehen von den Kindergelderhöhungen nicht von den steuerlichen Entlastungen profitieren. Damit sind nicht nur Vorstellungen der sozialen Gerechtigkeit verletzt sondern es bleiben auch Spielräume für eine Sanierung der Staatsfinanzen von der Einnahmenseite her ungenutzt.**

**Die Einkommensteuerreform ist aus Sicht der Beschäftigten überwiegend positiv zu beurteilen. Die stufenweisen Steuerentlastungen werden die Arbeits-einkommen spürbar erhöhen und damit die Kaufkraft von Arbeitnehmern und ihren Familien stärken.**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## 7. Globalisierung und Sozialstaat – Wo bleibt die Politik?

„Die Gesellschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts war (...) das Ergebnis einer Doppelbewegung (...) Während der Aufbau der Weltwarenmärkte, Weltkapitalmärkte und der Weltwährungsmärkte (...) dem Mechanismus der Märkte einen nie dagewesenen Impuls gab, kam es zu einer tiefverwurzelten Bewegung gegen die verderblichen Auswirkungen einer von Märkten beherrschten Wirtschaft. Die Gesellschaft schützte sich selbst gegen die einem selbstregulierenden Marktsystem innewohnenden Gefahren – dies war das bedeutsamste Merkmal dieses Zeitalters.“

(Polyani, K., (1995), The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (1944), Frankfurt, S. 112)

Der Wettbewerb um die globalen Märkte kann den Arbeitgeberökonomien zufolge nur im Wege der nationalen Senkung der Produktionskosten bestanden werden. Globalisierung wird somit zur (globalen) wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Forderung nach niedrigeren Löhnen, niedrigeren Sozialabgaben, niedrigeren Unternehmenssteuern und längeren Arbeitszeiten. Volkswirtschaften, die derartige Standortvorteile vermeintlich aufweisen, werden als nachahmenswerte Leitbilder gelungener Wirtschaftspolitik gerühmt. Doch der Wettlauf geht nach hinten los.

„Je effizienter, je konkurrenzfähiger ein Standort ist, desto mehr müssen sich die anderen Standorte auch anstrengen, desto mehr müssen die Kosten gesenkt werden, desto mehr Arbeitskräfte werden freigesetzt, desto höher steigt die Arbeitslosigkeit, und zwar weltweit.“

(Altvater, E., 1995, Wettlauf ohne Sieger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 40, S. 200)

In der Globalisierungsdiskussion kommt das gesamte Rüstzeug der neoliberalen Ökonomie zum Vorschein. Dieses ist aber weder modern noch originell. Das eigentlich Neue an der Globalisierung ist vorrangig die Vervielfachung der internatio-

nationalen Kapitalströme und der steigende Anteil spekulativer Finanzströme. Der Kapitalabfluss aus Japan ist zwischen 1976 und 1994 um das Achtzehnfache gestiegen, der Amerikas um das Fünffache und der Westeuropas um das Siebenfache. Dabei hat sich der Kapitalabfluss der führenden Industrieländer immer stärker hin zu kurzfristigen, spekulativen Finanzinvestitionen (Portfolioinvestitionen) verschoben: Während 1970 noch zwei Drittel des Kapitalabflusses als reales, dauerhaftes Engagement (Direktinvestition) getätigt wurde sind Ende der 80er Jahre zwei Drittel des bewegten Kapitals auf spekulative Engagements ausgerichtet. (Seeleib-Kaiser, 1997, 428)

Die Forderung den Wohlfahrtsstaat im Sinne der unternehmerischen Gewinnmaximierung abzubauen bedeutet also auch und in steigendem Maße dem Finanzkapital günstigere Renditen zu verschaffen. Die Vorstellung, es ginge bei der Verbesserung der nationalen Kapitalattraktivität bzw. der Verbesserung des Investitionsklimas vorrangig darum, dass ausländische Investoren hierzulande Arbeitsplätze schaffen, geht an den Realitäten vorbei. Selbst die mittels der Direktinvestitionen ausgedrückten langfristigen Interessen ausländischer Investoren müssen dem Rationalisierungsdruck folgen, d.h. aufgekaufte Unternehmen werden verschlankt. Kapitalismus ist vorrangig ein Rationalisierungs- und kein Arbeitsbeschaffungsprogramm.

„Globalisierung ermöglicht, was vielleicht im Kapitalismus latent immer galt (...), daß die global agierenden Unternehmen nicht nur eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der Wirtschaft sondern der Gesellschaft insgesamt innehaben. (...) Es geht erstens darum, in einer neuen Runde den alten Widersacher ‚Arbeit‘ elegant auf das historische Abstellgleis zu schieben; aber auch und vor allem zweitens darum, den ‚ideellen‘ Gesamkapitalisten‘, wie Marx den Staat nannte, gleichsam zu kündigen: also sich aus den Klammern von Arbeit und Staat, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert entstanden sind, zu befreien.“

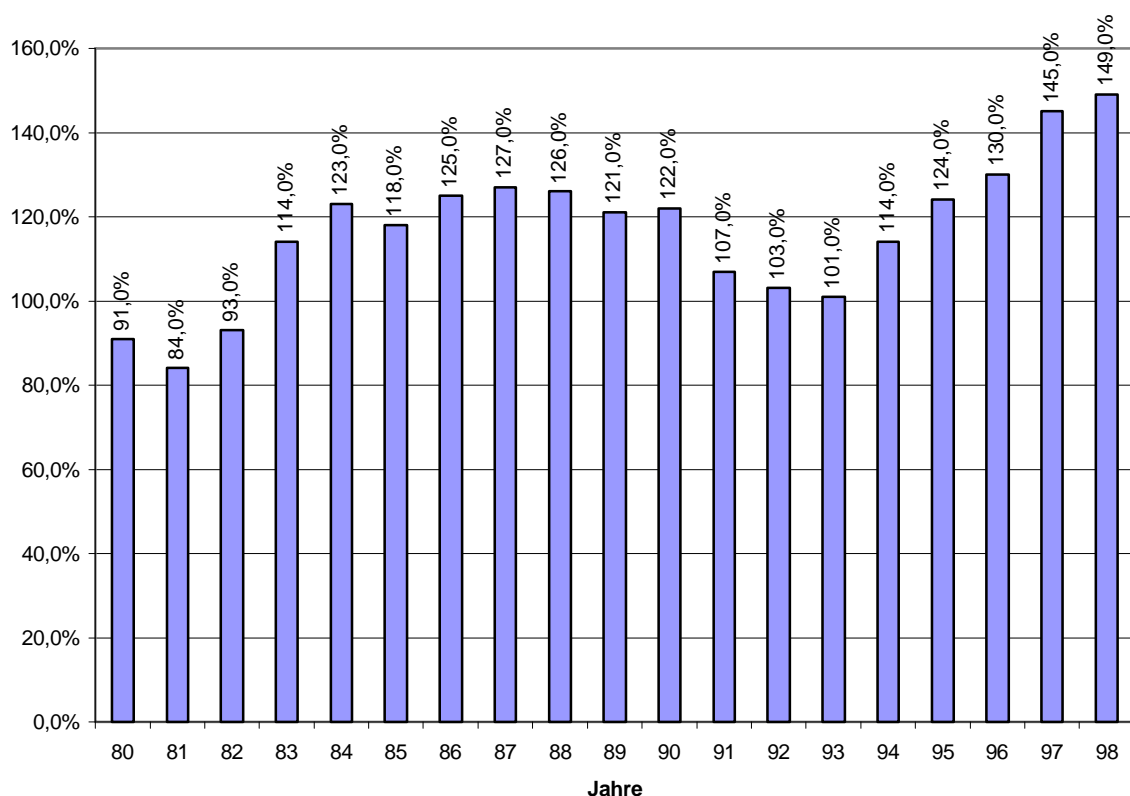
(Beck, U., 1996, Die Subpolitik der Globalisierung. Die neue Macht der multinationalen Unternehmen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11/12, S. 675)

„Modernisierung“ heißt in diesem Zusammenhang, dass der Staat neue Funktionen wahrnimmt: Er ist weder neutraler „Nachtwächterstaat“ noch keynesianischer Wohlfahrtsstaat, sondern wird zum aktiven Wettbewerbsstaat, der sich der Stützung privater Gewinnproduktion widmet und dies zum Großteil durch Verschuldung und/oder „Verschlankung“ seiner sozialen Schutzfunktionen finanziert. Der aktivie-

rende Staat erhöht den Finanzdruck bei den ökonomisch Schwachen und entlastet zugleich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit in der vagen Hoffnung, dass daraus arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen folgen. Doch Arbeitsplätze entstehen weder durch erhöhten Arbeitsdruck noch hat der Unternehmenssektor ein Finanzierungsproblem, das die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern würde. Im Gegenteil: Die unternehmenseigenen Finanzierungsmittel haben in den 90er Jahren mit Werten von bis zu 150% der Bruttoanlageinvestition ein historisches Höchstniveau erreicht. 1980 lag das Verhältnis von Eigenfinanzierungsmitteln zu Bruttoinvestition in der privaten Unternehmerwirtschaft noch bei 91%.

> Siehe Schaubild 18

**Schaubild 18: Verhältnis von unternehmenseigenen Finanzierungsmitteln zu Investition in %\***

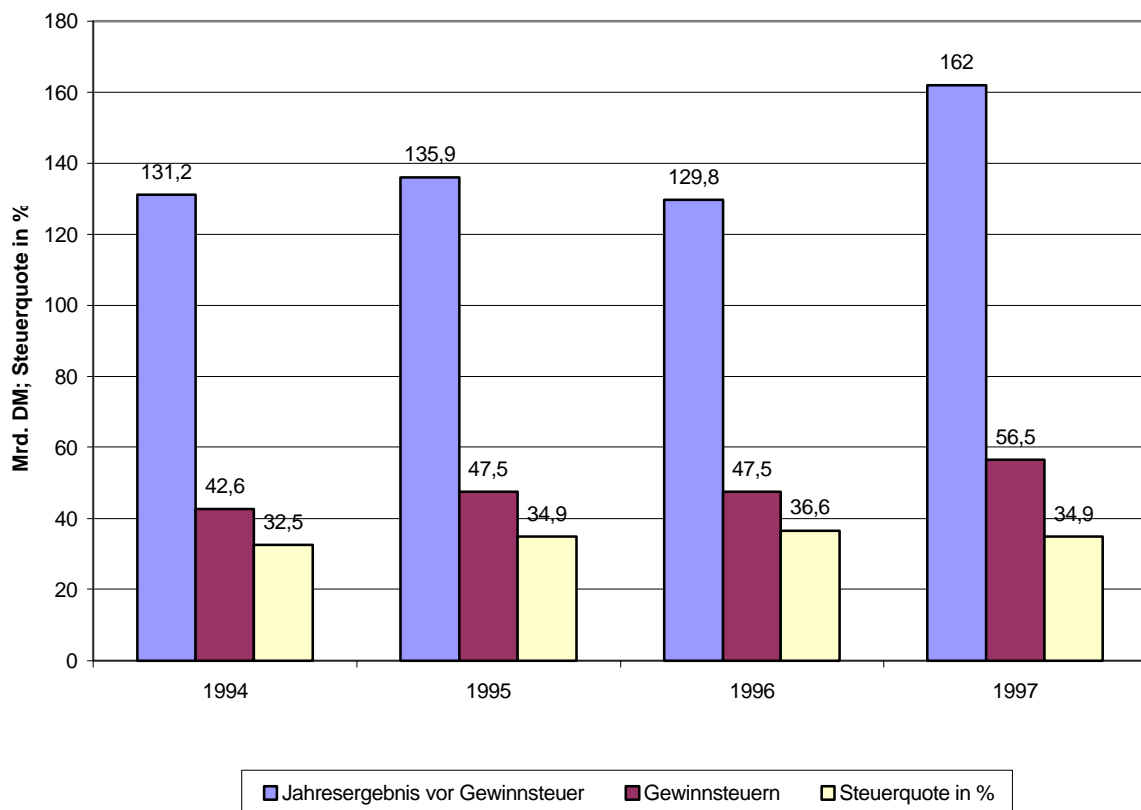


\* bis 1990 Westdeutschland; ohne Staat und Wohnungsvermietung; Investition als Bruttoanlageinvestition; Eigenfinanzierung als Summe aus Abschreibungen, staatl. Investitionszuschüssen, und Nettogewinnen abzügl. Unternehmerkonsum; Unternehmerkonsum als zweifacher Nettolohn je Arbeitnehmer; Quelle: Stat. Bundesamt, DGB; eigene Darstellung

Trotz dieses Liquiditätspolsters plant die Regierung mit der Unternehmensteuerreform 2001 eine jährliche Nettoentlastung des Unternehmenssektors um 8 Milliarden. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet unterstützend die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften auf bis zu 70% hoch, indem es die tariflichen Steuersätze addiert. Realistischeren Schätzungen zufolge liegt der Steuersatz deutscher Kapitalgesellschaften bereits auf dem von der Steuerreform angepeilten Niveau von unter 40%, wie sich aus der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank über rund 60.000 Unternehmen ergibt.

> Siehe Schaubild 19

**Schaubild 19: Gewinnsteuerquoten deutscher Kapitalgesellschaften nach der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank 1994-1997\***



Quelle: Bundesministerium der Finanzen; eigene Darstellung



„Mit anderen Worten: Es kann auf eine weitere Entlastung der Unternehmen, nämlich die geplanten 8 Milliarden Mindereinnahmen im Rahmen der beabsichtigten Unternehmensteuerreform, verzichtet werden. Angesichts des vorhandenen Gewinn- und Entlastungsni-veaus sind sogar Belastungen der Unternehmen vertretbar – z.B. durch eine stärkere Ver-breiterung der Bemessungsgrundlagen als geplant oder durch eine überfällige Substitution der nur wenige Betriebe belastenden Gewerbesteuer mittels einer alle Gewerbe be-treffenden Wertschöpfungssteuer.“

(Schäfer, C, 1999, Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe, in: WSI-Mitteilungen, H. 11, S. 750)

Der langjährige Gewinnsteuerverzicht findet mit der geplanten Unternehmensteuerreform der rot-grünen Koalition seine Fortsetzung. Abzuwarten bleibt dabei, ob der Steuersatz in Höhe von rund 39% tatsächlich mittels Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen zur angepeilten Nettoentlastung führen wird, oder ob diese am Ende nicht doch höher ausfällt.

Stärkung des Unternehmensektors und seiner Gewinnerwartungen bei parallelem Sozialstaatsabbau ist die Arbeitgeberantwort auf vermeintliche Standortchwäche und Kostenkrise. Hohe Arbeitslosigkeit und Staatsarmut auf der einen und drama-tisch wachsende private Gewinneinkommen auf der anderen Seite sind die Folge: Eine doppelte Gerechtigkeitslücke öffnet sich. Darüber hinaus hat die fehlgeleitete Politik für Gewinne, Reichtum und Export zu einer ökonomisch ineffizienten Verteilung geführt: Beständige Schwächung der Massenkauftkraftentwicklung und ent-sprechend konjunkturelle Entkräftung waren in den 90er Jahren die Folge. Das WSI hat berechnet, dass zwischen 1980 und gegen Ende der Kohl-Ära die Volksein-kommensverteilung um rund 10 Prozentpunkte zugunsten der Gewinneinkommen und zu Lasten der Masseneinkommen verschoben worden ist. Dies sind jährlich rund 200 Milliarden DM. Diesen Prozess gilt es mittelfristig umzukehren und nicht in (moderaterer) Form fortzusetzen, wie es die amtierende Regierung zu beabsichti-gen scheint. Umkehr in der Einkommensverteilung ist in den kommenden Jahren eine zentrale wirtschafts- und tarifpolitische Aufgabe, deren Lösung nicht nur grö-ßere Verteilungsgerechtigkeit bedeutet sondern auch gestärkte ökonomische Dy-namik.

**Fazit: Angesichts von Globalisierung und Massenarbeitslosigkeit lautet das Rezept der „Neuen Mitte“, man könne keine Politik gegen die Wirtschaft machen. Damit setzt die amtierende Regierung die alte wirtschaftspolitische Grundlinie im wesentlichen fort statt eine deutliche Wende einzuleiten. Die Folgen sind belegbar: Anhaltende Sozialstaatsverschlinkung und Verteilungsverschiebungen nach oben schwächen die wirtschaftliche Entwicklung langfristig. Dies ist die Lehre der 90er Jahre, die es zu begreifen gilt.**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **8. Für die Steigerung der Realeinkommen gegen die Einschränkung des tarifpolitischen Verteilungsspielraums**

Nachdem in der Tarifrunde 1998 ein geringer Zuwachs der Reallöhne erreicht wurde und damit der Trend des Sinkens der Realeinkommen gestoppt werden konnte, gelang es 1999, eine – im Vergleich zu den Vorjahren – deutliche Steigerung der Reallöhne zu erzielen. Die durchschnittliche Anhebung machte 3,0 % aus – im Westen lag der Durchschnitt um 2,9 – im Osten um 3,4 %. Diese überdurchschnittliche Steigerung im Osten war im Wesentlichen bedingt durch weitere Angleichungsschritte des Tarifniveaus an den Westen. Das durchschnittliche Tarifniveau im Osten lag 1999 nach Angaben des WSI bei 91,5 % des Westniveaus.

Mit dem letzten Angleichungsschritt im Rahmen eines Stufenplanes wurde auch im Einzelhandel 100 % Westniveau erreicht. Damit ist in den großen Tarifbereichen der HBV mit Ausnahme weniger Tarifbezirke im Groß- und Außenhandel die Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau vollzogen.

Bei einer Preissteigerungsrate von unter 1 % und einer gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung von rd. 1,1 % ist erstmals seit Jahren der kostenniveauneutrale Verteilungsspielraum wieder ausgeschöpft worden. Angesichts der um 1 Prozentpunkt geringeren Steigerung der effektiven Entgelte hat 1999 bei genauer Betrachtung jedoch eher eine Stabilisierung der Verteilungsrelationen stattgefunden und keinesfalls eine tarifpolitische Wende im Sinne einer Umkehr des langjährigen Verteilungstrends. Angesichts der fast schon chronischen verteilungspolitischen Defensivposition der Gewerkschaften aufgrund der jahrzehntelangen Massenarbeitslosigkeit ist allerdings bereits die Rückkehr zur „produktivitätsorientierten Tarifpolitik“ ein wichtiges politisches Signal.

Der stärkste Anstieg der jahresbezogenen Tarifentgelte hat 1999 im Sektor des In-

vestitionsgütergewerbes mit 3,6 % stattgefunden. Der 99er Metallabschluß mit der prozentualen Erhöhung der Entgelte um 3,2 % und der rd. 1 % ausmachenden Einmalzahlung hat dabei einerseits eine Lokomotivfunktion ausgeübt, ist aber andererseits auch die obere Orientierungsmarke geblieben. Alle anderen folgen mit mehr oder weniger deutlichem Abstand. Die Übersicht über die Tarifabschlüsse in anderen Branchen zeigt klar die große Bandbreite der Tarifsteigerungen zwischen 3,6 % und 1,9 % im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung. Damit haben die Tarifsteigerung erneut die differenzierte konjunkturelle und strukturelle und die jeweilige Arbeitsmarktsituation der Wirtschaftsbereiche berücksichtigt und die Funktionsfähigkeit des Systems der Flächentarifverträge entgegen den zunehmenden Denunziationen aus neo-liberaler Sicht bewiesen. Diese behaupten, das Flächentarifvertragssystem verhindere die notwendige Lohnspreizung zwischen den Branchen und Betrieben und wirke durch seine gleichmacherische Funktion als Zutrittschranke für die Beschäftigungslosen. Die Auswertungen des WSI über die tariflichen Lohn- und Gehaltsdifferenzierungen belegen regelmäßig das Gegenteil.

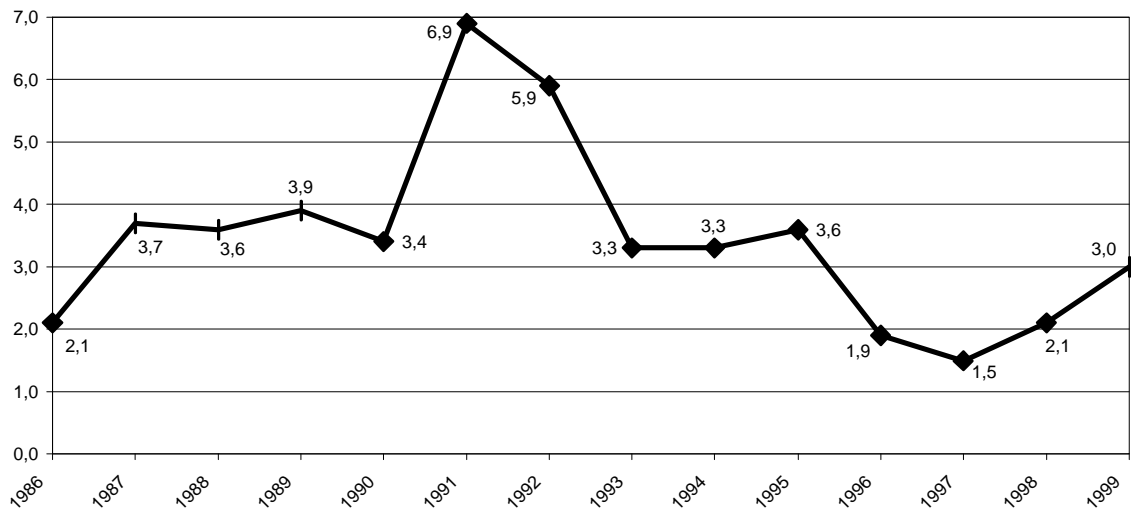
Die Zielsetzung, mit der HBV in die 99er Tarifrunde gegangen ist, nämlich eine deutliche Steigerung der Reallöhne und –gehälter zu erreichen, ist im wesentlichen erreicht worden.

Im Einzelhandel betrug die prozentuale Steigerung der Tarifentgelte 3 %. Durch die Vereinbarung von Nullmonaten betrug das Steigerungsvolumen allerdings nur zwischen 2,7 und 2,85 %. Aber auch bei einer volumenmäßigen Betrachtung lagen die Abschlüsse deutlich über der Inflationsrate von knapp unter 1 Prozent. Angesichts der seit Jahren anhaltenden Umsatzrückgänge und der strukturellen Krise der Branche, ist dies ein akzeptables Ergebnis, das allerdings auch nur durch Arbeitskampfmaßnahmen durchsetzbar war. Auch die Abwehr der Ausweitung des Niedriglohnbereiches und der Absenkung der unteren Entgeltgruppen, hatte letztlich Auswirkungen auf das erzielbare Gesamtvolumen.

> Siehe Schaubild 20

## Schaubild 20: Tariferhöhungen in % Einzelhandel (West)

1986 - 1999

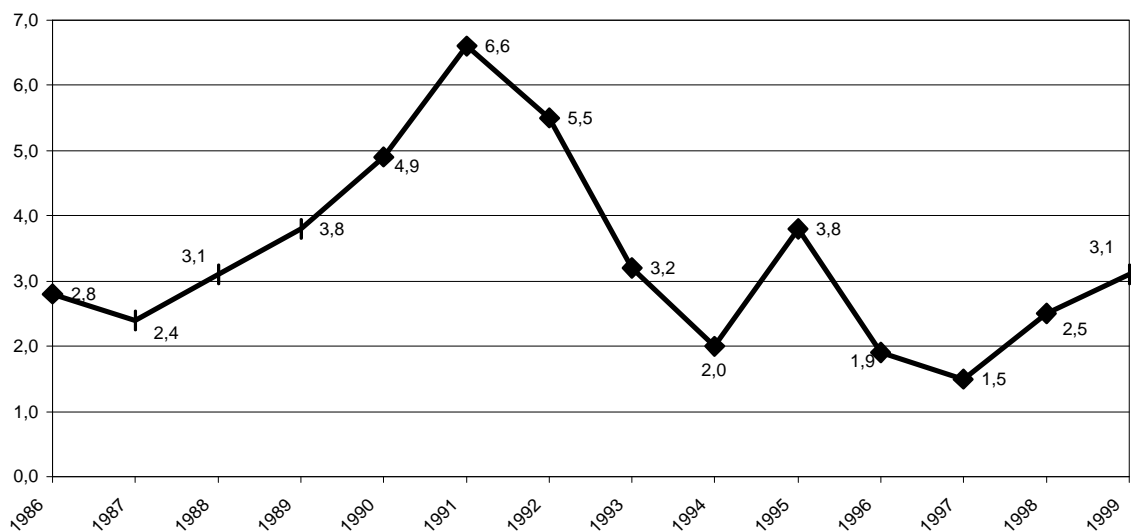


Im Großhandel lag der Abschluß mit einer prozentualen Steigerung von 3,1 % und der Steigerung des Volumens durch vereinbarte Nullmonate zwischen 2,8 und nahezu 3 % leicht über den Abschlüssen im Einzelhandel.

> Siehe Schaubild 21

## Schaubild 21: Tariferhöhungen in % Großhandel (West)

1986 - 1999

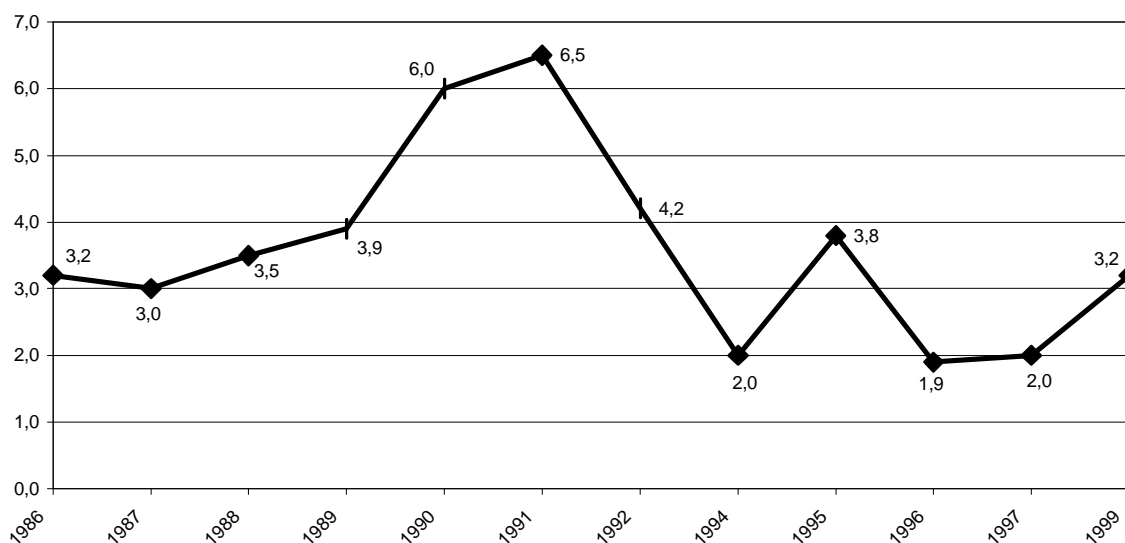


Die Tarifsteigerungen im Versicherungsbereich mit 3,2 % lag nach der relativ langen Laufzeit von 20 Monaten des Tarifabschlusses von 1997 leicht über dem Durchschnitt der 99er Abschlüsse.

> Siehe Schaubild 22

### Schaubild 22: Tariferhöhungen in % Versicherungen (West)

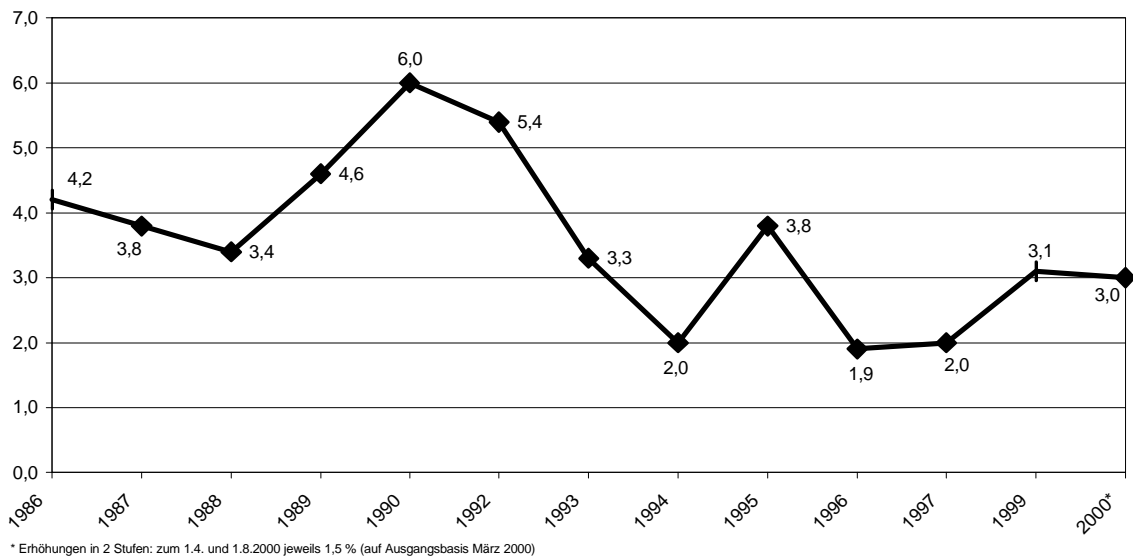
1986 - 1999



Im Bankenbereich konnte 1999 nach der ebenfalls 20-monatigen Laufzeit des 97. Abschlusses kein Anschlußtarifvertrag erreicht werden. Trotz der beeindruckenden Auseinandersetzungsbereitschaft der Bankangestellten, die sich in z.T. mehrtägigen Streiks und in großen öffentlichkeitswirksamen Protestdemonstrationen niederschlug, konnte die Haltung der Bankarbeitgeber, eine Entgeltsteigerung vom Einlenken bei der Tarifierung der Samstagsarbeit und beim Einstieg in leistungsabhängige Entgeltsysteme abhängig zu machen, nicht aufgebrochen werden. Die von den Arbeitgebern „freiwillig“ gezahlten Entgeltsteigerungen, um die Tarif-Kampagne der Gewerkschaften zu unterlaufen und den Unmut der Belegschaften nicht weiter zu steigern, blieb mit 3,1 % auf dem Niveau des Abschlusses im Öffentlichen Dienst.

> Siehe Schaubild 23

## Schaubild 23: Tariferhöhungen in % Banken (West) 1986 - 1999



Die freiwilligen Zahlungen der Arbeitgeber wurden mit der Annahme des Verhandlungsergebnisses im Februar 2000 nachträglich tariflich abgesichert. Für 2000 wurde eine gestaffelte Erhöhung von 1,5 % zum 1.4.2000 und von weiteren 1,5 % zum 1.8.2000 (allerdings bezogen auf das Ausgangsniveau) vereinbart. Damit steigt das Tarifniveau im Jahr 2000 insgesamt um 3 %. Das Steigerungsvolumen beträgt durch die Einbeziehung der Einmalzahlung von DM 400,- DM um 3,2%.

Nachdem bereits mit der sog. „Gemeinsamen Erklärung von BDA und DGB aus dem Sommer 1999, die zum Bestandteil der Ergebnisse der 3. Bündnistrunde wurde, der Weg für die Verpflichtung der Tarifpolitik auf Beschäftigungsaufbau vorgezeichnet wurde, erfolgte mit der Erklärung des Bündnisses vom 9.1.2000 eine weitere Konkretisierung bzw. Festlegung dessen, was nunmehr als „Beschäftigungsorientierte Tarifpolitik“ durch die Länder geistert.

### Das Bündnis für Arbeit und die Entgeltrunde 2000

In der BDA-DGB-Erklärung wurde bereits eine mittel- und langfristige Anlage der Tarifpolitik als erforderlich bezeichnet. In dieser langfristigen Anlage sollten Produktivitätssteigerungen vorrangig der Beschäftigungsförderung dienen. Gleichzeitig wurde allerdings auch noch von leistungsgerechten Entgelten als Bestandteil einer derartigen tarifpolitischen Orientierung gesprochen. Damit blieb zumindest ein In-

terpretationsspielraum für eine Tarifpolitik offen, die die Ausschöpfung des gesamten Verteilungsspielraums, bestehend aus prognostiziertem Produktivitätszuwachs und Zielinflationsrate, zum Ziel hat.

In der Bündniserklärung vom 9.1.2000 heißt es hingegen, dass der „am Produktivitätszuwachs orientierende Verteilungsspielraum vorrangig für beschäftigungswirksame Vereinbarungen genutzt“ werden soll. Daraus leiten Gesamtmetall-Präsident Stumpfe und andere Arbeitgebervertreter ab, dass das Gesamtvolumen eines Tarifabschlusses 2000 2,6% nicht überschreiten dürfe. Dieses beinhaltet nach Arbeitgebervertretungen sowohl Lohn- und Gehaltssteigerungen als auch Verbesserungen z.B. bei der Altersteilzeit. Der Sachverständigenrat und die Arbeitgeber verlassen damit das lange Jahre propagierte Konzept der verteilungsneutralen Tarifpolitik. Sie wollen nur noch einen Teil des Produktivitätszuwachses als Lohn - und Gehaltssteigerungen zugestehen und die Inflationsrate gänzlich unberücksichtigt lassen. Dadurch würde die Lohnquote noch weiter absinken.

Wir halten hingegen weiter an der tarifpolitischen Orientierungsformel "Produktivitätswachstum plus Inflationsrate als verteilungsneutrale Elemente zuzüglich einer Umverteilungskomponente zugunsten der Massenkaufkraft" fest.

Letztlich ist aber weniger interessant, welche Interpretation sich die unmittelbar Beteiligten zu eigen machen. Für die tarifpolitische Ausgangslage 2000 viel entscheidender ist, welche Wirkungen damit auf die öffentliche Meinung und auf die Belegschaften, die letztlich ein Tarifergebnis erstreiten müssen, verbunden sind.

Es ist daher zu befürchten, dass die Bündnisformulierung eher Argumentationen unterstützt, die bereits eine Ausschöpfung des kostenneutralen Verteilungsspielraums – ganz zu schweigen von einer aktiven Umverteilungsposition – für die Fortdauer der beschäftigungspolitische Misere verantwortlich machen und die im Umkehrschluß Lohnzurückhaltung als alternativlose Voraussetzung für Beschäftigungswachstum ansehen.

HBV hat sich bei der Entwicklung einer tarifpolitischen Maxime für 2000 klar gegen eine Einschränkung des Verteilungsspielraumes auf die Produktivitätsentwicklung gewandt und für die Tarifbewegungen folgende Aspekte in den Vordergrund gestellt:

Es soll eine weitere deutliche Steigerung der Realeinkommen – gerade auch für die



unteren Einkommensgruppen – erreicht werden. Wie bereits 1999 wird eine weitere Steigerung der Binnennachfrage als ein wesentliches Element der Konjunkturbelebung für notwendig erachtet. Ein derartiger Zuwachs kann sich nicht allein auf Effekte aus einer steuerlichen Entlastung der Arbeitseinkommen stützen.

Gleichzeitig wird einer Politik der Ausweitung des Niedriglohnssektors durch Absenkung unterer Einkommensgruppen, neuer Niedriglohngruppen etc. eine Absage erteilt.

Als Beitrag zur Beschäftigungssicherung werden Forderungen zur Kontrolle und Erfassung der Arbeitszeit, von grauen Überstunden, Forderungen zur sozialen Absicherung und Gestaltung von Teilzeitarbeit, aber auch Forderungen zur Arbeitszeitgestaltung, zur Begrenzung der Leistungsverdichtung, sowie weitere Arbeitszeitverkürzung angesehen.

Dies wird ohne eine entsprechende Mobilisierung nicht erreichbar sein.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

# Ausgewählte Quellen

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1999), Memorandum `99, Mehr Konsequenz beim Kurswechsel – Vorrang für Beschäftigung, Umwelt und Gerechtigkeit

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Dezember 1999), Sondermemorandum: Vermögensbesteuerung für mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung, in: Memo-Forum, Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen

Becker, Ingrid (1999), Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren – Teil I: Veränderungen der personellen Einkommensverteilung, in: WSI-Mitteilungen, H. 3, S. 205 ff.

Becker, Ingrid (1999), Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren – Teil II: Zum Ausmaß der Vermögenskonzentration, in: WSI-Mitteilungen H. 5, S. 331 ff.

Bispinck, Reinhard u. Tarifarchiv WSI (1999), Abschied von falscher Bescheidenheit - eine Bilanz des Tarifjahres 1999, Informationen zur Tarifpolitik, WSI in der HBS

Bispinck, Reinhard, Schulten, Torsten (1999), Tarifpolitik und Bündnis für Arbeit, in: WSI-Mitteilungen, H. 12, S. 870ff.

Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (März 1999), Steuerbelastung deutscher Unternehmen – nationaler und internationaler Vergleich - , Volkswirtschaftliche Analysen Nr. 4, in: Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte, Bonn

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hg) (1999), Wirtschaftsbericht `99, o.O.

Deutsche Bundesbank (Hg.), Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Jahrgänge

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (1999), Bundeshaushalt 2000 und das Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität.

- Beschlüsse der Bundesregierung und Bewertungen des DGB, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 7
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (1999), Standort 2000: Deutschland gut gerüstet, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 8
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (1999), Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrendite und Lohnstückkosten in Deutschland. Kapitalrendite und Lohnquote wie zu Vollbeschäftigungszeiten, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 5
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1999), Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000, in: Wochenbericht 28
- Hickel, Rudolf (1999), Standortwahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg
- Jenner, Gero (1997), Die arbeitslose Gesellschaft. Gefährdet Globalisierung den Wohlstand?, Frankfurt am Main
- Klauss, Martin (1998), Politik für mehr Reichtum. Daten und Anmerkungen zur Entwicklung von Reichtum und Armut in Deutschland, 4. aktualisierte Auflage, Freiburg
- Lederer, Emil (1931), Wirkungen des Lohnabbaus, Tübingen 1931
- Münster, Rolf, Wiedemuth, Jörg (1998), Für die Stärkung der Massenkaufkraft und eine gerechtere Einkommensverteilung, Düsseldorf (Broschüre der HBV)
- Münster, Rolf, Wiedemuth, Jörg (1999), Gegen Lohnbescheidenheit und für gesamtwirtschaftliche Vernunft, Düsseldorf (Broschüre der HBV)
- Reuter, Norbert (1998), Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1999), Erstes, Drittes und fünftes Kapitel des Jahresgutachtens 1999/2000; (<http://www.Sachverständigenrat-Wirtschaft.de>)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Jahresgutachten 1998/99, November 1998
- Schäfer, Claus (1998), Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft, in: WSI-Mitteilungen, H. 10, S. 675 ff.

- Schäfer, Claus (1999), Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe – Zur Verteilungsentwicklung 1998 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, H.11, S. 733 ff.
- Scheremet, Wolfgang (1999), Arbeitskosten im internationalen Vergleich: Eine Auseinandersetzung mit bestehenden Konzepten, in: DIW-Wochenbericht, H. 38, S. 681ff.
- Seeleib-Kaiser (1997), Der Wohlfahrtsstaat in der Globalisierungsfalle, in: Borchert, J., u.a., Standortrisiko Wohlfahrtsstaat, Opladen, S. 73ff.
- Vring von der, Thomas (1999), Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Statistische Analysen der Erwerbstätigkeit in Westdeutschland 1970-96, Hamburg
- Wolf, Winfried Wolf (1997), Casino Capital. Der Crasch beginnt am Golfplatz, Köln
- Zinn, Karl Georg (1982), Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek bei Hamburg (im Buchhandel nicht mehr erhältlich)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

# PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Das **PIW** ist seit 1984 als interdisziplinäres Forschungs- und Beratungsinstitut in Westdeutschland tätig. Dort arbeiten ÖkonomInnen sowie Sozial- und KommunalwissenschaftlerInnen zusammen.

1990 wurden in den neuen Bundesländern die Zweigstellen Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Teltow (Brandenburg) gegründet.

## Forschungsschwerpunkte

Die Forschungstätigkeit sowie die Erstellung praxisbezogener wissenschaftlicher Gutachten umfaßt die folgenden Untersuchungsschwerpunkte:

- **Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen**
- **Regional- und Kommunalpolitik**
- **Arbeitsmarktpolitik**
- **Umweltökonomie und Umweltpolitik**
- **Betriebswirtschaftliche Fragen**

Dabei übernimmt und erstellt das PIW u.a.:

- wirtschafts-, umwelt-, struktur-, technologie-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Analysen im Auftrag von Landes- und Bundesbehörden sowie Verbänden
- die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Beratung kommunaler Ämter und Betriebe
- die Erarbeitung kommunaler Entwicklungsstrategien
- das Controlling und die Begleitforschung von EG-Förderprogrammen

## Referat Mitbestimmung und Fortbildung

Das PIW bietet in Kooperation mit anderen Trägern Fortbildungsmaßnahmen zu aktuellen Themen an:

- Arbeits- und Tarifrecht
- Einführung neuer Technologien
- Wirtschaftliche Angelegenheiten
- Betriebsbezogene Qualifizierung von Wirtschaftsausschußmitgliedern
- Interessenausgleich und Sozialplan
- Betriebliche Arbeitszeitsysteme
- Betriebliche Entlohnungssysteme

Das PIW erarbeitet Analysen zu Jahresabschlüssen und überprüft Wirtschaftlichkeits- und Kostenrechnungen.

Das PIW erstellt Gutachten zu Betriebsänderungen bei Organisations- und Rationalisierungsmaßnahmen und berät bei der Ausgestaltung von Interessenausgleich und Sozialplänen.

Das PIW erarbeitet bei drohendem Beschäftigungsabbau Auffangkonzepte und hilft bei Bedarf beim Aufbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sowie bei Ausgründungsvorhaben.

---

**Albersstr. 12 B, 28209 Bremen**  
**Tel. 0421/491449; Fax. 0421/4914488**  
**Internet: <http://www.piw.de>**

**Dehmelstr. 23, 18055 Rostock**  
**Maxim-Gorki-Str. 3, 14513 Teltow**

---